

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen



Gedenkmarsch am 1. November in Wien



Markus Silbrava

V. l. n. r. Michaela Schüchner, Lena Stern, Rihab Toumi, Paul Stich, Gerald Netzl, Volkmar Harwanegg, Michael Ludwig, Barbara Novak, Arijana Šegalo und Marina Hanke

Seit vielen Jahren ist der Gedenkmarsch der Wiener Antifaschist*innen am 1. November ein wichtiger Ankerpunkt unserer Gedenkarbeit. Auch heuer gedachte der Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen gemeinsam mit der SPÖ Wien und den sozialdemokratischen Jugendorganisationen der Opfer des Kampfes gegen Austrofaschismus und Nationalsozialismus. Dem Aufruf folgten Mandatar*innen und Vertreter*innen der SPÖ, der Sozialdemokratischen Frauen, der Sozialistischen Jugend, der Jungen Generation, der Roten Falken und des VSSTÖ, begleitet von den wehenden Fahnen der Jugendorganisationen in der relativ warmen Novembersonne.

Der Marsch führte zuerst zum Grab von Rosa Jochmann, wo die langjährige Vorsitzende unseres Bundes geehrt wurde. Der Gedenkzug ging weiter zum Mahnmal der Stadt Wien für die Opfer für ein freies Österreich 1934-1945. Bundesvorsitzender Gerald Netzl begrüßte die zahlreichen Teilnehmer*innen und verwies auf die Aktivitäten des Bundes wie die Sonderausgabe des „Kämpfers“ von 1964 sowie die Herstellung des Ansteckers des Abzeichens des Republikanischen Schutzbundes – beides wichtige Beiträge im Gedenkjahr 1934/2024. Mit einem eigenen Kalender 2025, der Widerstandskämpfer*innen gegen den Nazi-Faschismus und seinen Opfern gewidmet ist, werden wir auch 1945/2025 würdig begehen.

Am Mahnmal hielt Bürgermeister Michael Ludwig eine bewegende Rede und bedankte sich bei unserem Bund für das Engagement. Er verwies auf den Siegeszug der rechten Parteien, die diesen vor vielen Jahren von Österreich aus starteten. Nun lädt der erste Nationalratspräsident Viktor Orbán als ersten Besucher ein. Ludwig hielt fest, dass wir deutlich machen

müssen, dass wir rechte Politik nicht akzeptieren und mit der FPÖ keine Koalition eingehen werden. Die SPÖ dient keinesfalls als Steigbügelhalter jener Parteien, die die Grundfesten unseres Systems angreifen.

Bei der Gedenkstätte für die Opfer der NS-Justiz und NS-Kindereuthanasie, der Gruppe 40, erinnerte Michaela Schüchner, Bezirksvorsteherin in Penzing, insbesondere an die vielen Kinder, die in der angeblichen „Spezialklinik“ am Spiegelgrund der Nazis gefoltert und getötet wurden. 600 Urnen wurden am Zentralfriedhof beigesetzt. Noch heute ist unklar, wie viele Kinder damals wirklich ermordet wurden. Michaela Schüchner appelliert an unser aller Achtsamkeit. Auch wenn Zeitzeug*innen verschwinden, muss über die schrecklichen Ereignisse berichtet werden. Wir sind die Stimme der ermordeten Kinder vom Spiegelgrund.

Die Abschlussrede im Ehrenhain für die Februar- und die Spanienkämpfer hielt Lena Stern von der SJ Wien. Sie erinnerte daran, dass Freiheit und Demokratie nicht selbstverständlich sind und verteidigt werden müssen. Hetze, die früher zu einem Aufschrei in der Gesellschaft geführt hätte, wird mittlerweile so hingenommen. Die FPÖ trägt Rassismus offensiv in die Gesellschaft. Lena Stern erinnerte an die Worte Josef Hindels, dass Faschismus keine Naturgewalt sei und die Solidarität ein Werkzeug dagegen. Nie wieder Faschismus ist ein Auftrag, den wir uns selber geben.

Der Gedenkmarsch endete wie jedes Jahr mit dem gemeinsamen Singen der „Internationale“.

Julia Hinterseer-Pinter ■



ARGE-Gedenken in Wien

Am 25. Oktober gedachte die ARGE der NS-Opferverbände an drei Orten ihrer Opfer: Am Spitz in Floridsdorf, im Landesgericht Wien sowie in der Gedenkstätte Saltzorgasse bzw. beim Denkmal am Morzinplatz. In Floridsdorf ist unser Bund für die Durchführung verantwortlich. Bezirksvorsitzender Gen. Hans Schiel führte durch das Gedenken mit BV Gen. Georg Papai und BV-Stv. Gin. Astrid Pany. An der Feier im Landesgericht Wien nahmen u.a. Ex-Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka sowie Herwig Hösele und Gen. Kurt Scholz, beide Zukunftsfonds der Republik Österreich, teil. Den Abschluss stellte die Kranzniederlegung beim Mahnmal am Morzinplatz dar (auf dem Foto v. l. n. r. Winfried Garscha, KZ-Verband, Volkmar Harwanegg, Sozialdemokratische FreiheitskämpferInnen, und Norbert Kastelic, ÖVP-Kameradschaft).



Ulrike Garscha



Ulrike Garscha



Ulrike Garscha

Novembergedenken in OÖ

Dieses Jahr fand das Novembergedenken mit allen Opferverbänden in Oberösterreich, die in der Arbeitsgemeinschaft der NS-Opferverbände und WiderstandskämpferInnen OÖ vereint sind, statt. VertreterInnen unseres Bundes, des KZ-Verbandes sowie der ÖVP-Kameradschaft kamen am 2. November am Denkmal der Opferverbände am Linzer Bernaschekplatz für eine gemeinsame Kranzniederlegung zusammen. Unter zahlreicher Teilnahme wurde an die Opfer des Faschismus sowie der österreichischen WiderstandskämpferInnen gedacht. Insbesondere im Hinblick auf das nächste Jahr, in dem 80 Jahre Befreiung vom Nationalsozialismus zelebriert wird, ist dieser gemeinsame Akt des Gedenkens ein wichtiges Zeichen.

Den Abschluss bildete eine Stunde später das gemeinsame Gedenken der Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen und des KZ-Verbandes beim Denkmal für die Welser Gruppe in Laakirchen. Im Zuge des Gedenkens wurde auch auf die Taten der Welser Gruppe, die ein großes Widerstandsnetzwerk in Oberösterreich aufbaute, hingewiesen. Neun Mitglieder der weltanschaulich breiten Organisation wurden in den letzten Tagen vor der Befreiung 1945 im KZ Mauthausen ermordet. Das Denkmal in Laakirchen konnte dank unseres Einsatzes und des KZ-Verbandes erhalten werden und wird von seiner aktuellen Position vor dem Kriegerdenkmal in direkte Nähe zum Rathaus versetzt.

Alexander Rath ■



Rafael Schöberl

Unsere GenossInnen und KameradInnen vom KZ-Verband gedachten gemeinsam in Laakirchen am Denkmal der Welser Gruppe



„Vielleicht hat mein Leben so doch mehr genützt, als wenn ich Arzt geworden wäre.“

Am 6. September 2024 wurde der Widerstandskämpfer Karl Gröger mit einer Gedenksteinlegung in der Brigittenau geehrt.

Wenn man Recherche zu Widerstandsbewegungen in den Niederlanden betreibt, so wird einem bestimmt der Name Karl Gröger ins Auge stechen. Geboren 1918 in Wien als Sohn der jüdischen Opern-Schauspielerin Frieda Neuhauser und des Anwalts Karl Gröger Senior, wurde er, so wie seine Schwester auch, schon bald nach der Geburt katholisch getauft. Seine Mutter wollte den Kindern damit das Leben erleichtern, da ihr bereits bewusst war, wie schwer sie es als jüdische Menschen in Wien haben würden.

1932 starb Grögers Schwester an Typhus, er selbst war am Döblicher Gymnasium im Verein sozialdemokratischer Mittelschüler aktiv und studierte später Medizin an der Universität Wien. 1938 verhalfen seine Eltern ihm zu einem Job in einem Labor in den Niederlanden, da sie dachten, dort sei er sicher vor dem Nationalsozialismus. Bereits zwei Jahre später marschierte Deutschland jedoch in die Niederlande ein und als junger Mann wurde Karl Gröger in die Wehrmacht eingezogen. Schnell wurde bekannt, dass er jüdischer Abstammung war, woraufhin er aus dem Dienst entlassen wurde.

Darauffhin schloss er sich der Widerstandsgruppe rund um den Bildhauer Gerrit van der Veen an, welche eine illegale Zeitschrift namens Rattenkruid („Rattengift“) produzierte, in der zum bewaffneten Widerstand aufgerufen wurde. Die Gruppe bestand aus Jüdinnen und Juden, KünstlerInnen, StudentInnen und Homosexuellen. Weiters waren ihre Mitglieder sehr engagiert in der Fälschung von Personalausweisen für Verfolgte des NS-Regimes. Diese etwa 65.000 gefälschten Ausweise beinhalteten allerdings eine falsche Identifikationsnummer, die nicht mit den Nummern der Unterlagen im Meldeamt übereinstimmte.

Daher plante die Gruppe für den 27. März 1943 einen Anschlag auf das Einwohnermeldeamt in Amsterdam. Diese Aktion sollte die Kontrolle von gefälschten Personalausweisen, sowie die Deportation von zahlreichen Juden und Jüdinnen erschweren. Die Widerstandskämpfer drangen in Polizeiuniformen in das Gebäude ein, betäubten die Wachleute, brachten sie in Sicherheit und legten einen Brand. Die Feuerwehr wusste um die Bedeutung der Aktion. Sie verzögerte ihre Anreise und setzte übermäßig viel Löschwasser ein, um die Unterlagen weiter zu beschädigen. Zwar hatten die NS-Behörden Kopien der Akten des Melderegisters, jedoch wurde die Familienkartei zerstört.

Den Beteiligten gelang vorerst die Flucht, aber die SS wurde durch ein Telegramm zu Grögers Zufluchtsort geführt und er wurde am 8. April 1943 verhaftet. Am 1. Juli 1943 wurde Gröger mit elf seiner Mitstreiter ermordet. Kurz davor erklärte er seinem Anwalt: „Vielleicht hat mein Leben so doch mehr genützt, als wenn ich Arzt geworden wäre“. Karl Gröger wurde 1986 von der Gedenkstätte Yad Vashem mit einer Auszeichnung als „Gerechter unter den Völkern“ geehrt. Heute erinnert eine Gedenktafel an der Fassade des ehemaligen Meldeamts an die zwölf ermordeten Widerstandskämpfer.

Bei der Planung des Anschlags war die Cellistin und Dirigentin Frieda Belinfante beteiligt, die bereits im Alleingang Ausweisdokumente für Verfolgte fälschte und sich später der Widerstandsgruppe anschloss. Beim Anschlag selbst wurde ihr die Mithilfe als Frau jedoch verweigert. Sie verkleidete sich über mehrere Monate hinweg als Mann und entging dadurch der Verhaftung. 1943 flüchtete sie in die Schweiz. Sie hatte ihr Leben lang mit Diskriminierung aufgrund ihrer Homosexualität zu kämpfen.



Berni Macek

Die Gedenksteinlegung in der Jägerstraße 2.

Wolfgang Schellenbacher vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands wies darauf hin, dass Anne Frank der Aktion der WiderstandskämpferInnen einige Zeilen in ihrem Tagebuch widmete. Anders als in Deutschland, Frankreich oder den Niederlanden gebe es im österreichischen kulturellen Gedächtnis bis heute nur wenige Symbolfiguren des Widerstands gegen das NS-Regime. Er wünscht sich, dass Gröger mit seinen mutigen Taten ein prominenter Platz in der österreichischen Erinnerungskultur zuteilwird.

Berni Macek, Vorsitzender unserer Brigittenauer Bezirksgruppe, schilderte seine Erfahrungen aus der Arbeit mit jungen Menschen, die nach dem Wahlsieg der FPÖ Sorgen haben, abgeschoben zu werden. Er skizzierte die Nähe großer Teile der FPÖ zu NS-Gedankengut und -Jargon und ihren antidemokratischen Charakter. Er betonte die Bedeutung des Widerstands gegen faschistoide Tendenzen, bevor sie dazu führen, dass nur noch wenige Widerstand leisten. Abschließend bekräftigte er das Versprechen „Nie wieder!“

Susan Neuhauser, deren Vater Grögers Cousin war, initiierte die Gedenksteinlegung mit Unterstützung von Steine des Gedenkens. Zum Abschluss ihrer Rede sagte sie: „Deshalb ehre ich heute mein tapferes Familienmitglied, indem ich diese Gedenktafel hier lege. Mögen die Menschen, die vorbeigehen, sich für immer daran erinnern, wer er war und was er getan hat.“

Schutzbundführer Johann Sappl (1891–1938): Tod im Exil

13. Februar 1934: Nach dem Ende der Kämpfe, nach Hausdurchsuchungen und Verhaftungen in Wörgl, Kirchbichl und Häring muss die Gendarmerie zur Kenntnis nehmen, dass mehreren Schutzbundführern die Flucht gelungen ist. Einer von ihnen ist Johann Sappl, gebürtig aus Jochberg im Bezirk Kitzbühel, seit 1910 beschäftigt im staatlichen Häringer Kohlebergwerk. Häring ist in der Zwischenkriegszeit eine der wenigen sozialdemokratischen Gemeinden in Tirol, die Bergleute sind gewerkschaftlich gut organisiert und mehrheitlich Parteimitglieder. Sappl wird 1928 in den Betriebsrat und den Vorstand der Bruderlade, 1931 zum Betriebsratsobmann gewählt. Bei den Gemeindewahlen 1928 kandidiert er erfolgreich für den Gemeinderat und arbeitet im Ortsschulrat. Er ist Obmann der Ortsgruppe der SDAP und aktiv in den sozialdemokratischen Vereinen im Ort. Der Republikanische Schutzbund verfügt zum Zeitpunkt des Aufstands über annähernd 80 Mitglieder, Sappl hat die Funktion des technischen Leiters übernommen.

Der drohenden Festnahme entgeht er zunächst versteckt bei Bauern in der Umgebung. Am 14. März gelingt die Einreise in die Schweiz, am nächsten Tag meldet er sich bei der Kantonspolizei Zürich. Im Wiener Zentralpolizeiblatt ist Sappl inzwischen wegen seiner Teilnahme am Aufstand und Anstiftung zum Sprengstoffdiebstahl aus dem Bergwerk zur Fahndung ausgeschrieben. Als politischem Flüchtling ist ihm jede politische und berufliche Tätigkeit ausdrücklich untersagt. Seine Frau und die drei Kinder, die im April nach Zürich nachkommen, sind angewiesen auf die Unterstützung durch schweizerische Hilfsorganisationen und sozialdemokratische Familien, bei denen die Kinder wohnen. Die Rückkehr nach Österreich scheint ausgeschlossen, eine längere Haftstrafe wäre jedenfalls zu erwarten

auf eine Begnadigung kann Sappl nicht hoffen - ins Ausland geflüchtete Februarkämpfer sind von derartiger Nachsicht ausgeschlossen. Unter diesen Umständen fällt die Entscheidung für die Emigration: Im Frühjahr 1935 erhält er durch Vermittlung der „Roten Hilfe“ eine Einreisebewilligung für die Sowjetunion. Nur in Einzelfällen werden zu dieser Zeit Flüchtlinge aus Österreich aufgenommen. Die Begeisterung, mit der im April 1934 die Angehörigen des ersten Schutzbundtransports empfangen worden sind, ist längst verflogen, ihre anfangs privilegierte Unterbringung und Versorgung steht Neuankömmlingen nicht mehr zur Verfügung. Nach ihrer Ankunft im August 1935 lebt die Familie unter beengten Verhältnissen in einem Flüchtlingsheim, später im Hotel Balçug. Johann Sappl findet Arbeit beim Prestigeprojekt des Baus der Moskauer Metro. Wenige Monate nach seiner Ankunft erregt er Aufsehen, weil er öffentlich in der Deutschen Zeitung die Meldungen über tägliche Rekordabbaumengen in den Kohlerevierern der Donbass-Region anzweifelt. Aus seiner Kaderakte geht hervor, dass er ab 1936 Mitglied der Exil-KP ist, weiterhin aber „unfähig, seine sozialdemokratische Vergangenheit abzustreifen.“ Spätestens 1937 nimmt er Kontakt mit der österreichischen Botschaft auf und erklärt schriftlich seinen Wunsch, in die Heimat zurückzukehren. Die Vorsprachen in der Botschaft werden vom sowjetischen Geheimdienst beobachtet, sie genügen als Vorwand für seine Verhaftung am 23. März 1938. Bereits am 27. März unterschreibt Sappl sein „Geständnis“: Er habe im Auftrag der Botschaft als „Spion“ Material über die Stimmung unter den Politemigranten und Metroarbeitern gesammelt. Am 21. Juli ergeht das zu erwartende Todesurteil. Es wird am 16. August in Butovo südlich von Moskau vollstreckt, dem Hinrichtungsort Tausender Opfer der Stalinschen „Säuberungen“. Seine Frau erhält



Johann Sappl - Opfer des Stalinismus.

die übliche Mitteilung über eine angebliche Lagerhaft an unbekanntem Ort; Briefe oder Pakete zu schicken, sei zwecklos. Erst Jahre später erfährt sie von seinem Tod. Sie hat auf Anweisung der Moskauer Behörden zuletzt mit den Kindern in einem landwirtschaftlichen Betrieb außerhalb der Stadt gelebt, zwangsverpflichtet zu anstrengender Arbeit. Die Deutsche Botschaft ermöglicht schließlich 1940 die Ausreise aus der Sowjetunion. Wie alle „Rußlandrückkehrer“ werden Barbara Sappl und ihre Kinder von der Gestapo ausführlich befragt. Sie bleiben unbehelligt, gelten aber als politisch unzuverlässig und stehen unter Beobachtung. Sohn Hans wird 1941 wegen seiner Kritik am Kriegsverlauf von einem Militärges-

richt in Innsbruck verurteilt. Nach einem Fluchtversuch aus der Haft erleidet er einen Nervenzusammenbruch und stirbt kurz nach Kriegsende in der Heil- und Pflegeanstalt in Hall i.T.

Das Urteil betreffend Johann Sappl wird 1957 vom Militärtribunal des Moskauer Bezirks aufgehoben, Beweise für seine Spionagetätigkeit seien nicht zu erbringen gewesen.

Seit kurzem findet man auf der DÖW-Homepage rund 780 überarbeitete und fallweise ergänzte Kurzbiographien österreichischer Stalin-Opfer aus dem Gedenkbuch von Barry McLoughlin und Josef Vogl. Web-Tipp: www.doew.at

Gisela Hormayr ■



Rechtsextremismus im Netz

Rechte sitzen in Schießkellern (in Tschechien), tragen Springerstiefel und rekrutieren Nachwuchs beim Saufen, auf der Straße oder im Gefängnis. Zumindest war es immer so, oder?

Nein, Rechtsextreme verstecken sich schon lange nicht mehr in Kellern und zwielichtigen Beisln. Sie tragen Anzug, sprechen kompetent in die Kamera und sind auf TikTok und Co. unterwegs. Was wie ein harmloser Mann mit einem blauen Anzug und etwas verzerrten Idealen wirkt ist in Wahrheit ein waschechter Rechtsextremist. Die Rechten haben gelernt, Social Media für sich zu nutzen - und haben somit einen Draht zur Generation Z und darüber hinaus.

Die FPÖ hat bei den EU-Wahlen mit 25,4% Eindruck gemacht. Auch die deutsche AfD stieg als zweitstärkste Kraft aus. Das Klischee, dass verbitterte Altnazis FPÖ wählen, ist längst überholt. Laut dem Standard gewann die FPÖ die meisten Stimmen von der ÖVP und von Nichtwähler:innen. Auch junge Menschen wählen rechts, auch wenn wir es ungern glauben. Diese kommen oft über Social Media in Erstkontakt mit rechtem Gedankengut.

Die Akteure

Wir wollen hier drei Männer vorstellen, die der rechten Szene durch ihre Internetpräsenz große Dienste erwiesen haben. Sie polarisieren, schockieren und begeistern. Mit kontroversen und provokanten Aussagen gehen sie regelmäßig viral – und das bringt Follower:innen, Zuschauer:innen und Menschen, die offen für ihre Inhalte sind.

Andrew Tate

Der vermutlich bekannteste und meist besprochene unser Kandidaten. Andrew Tate, 37, American-British, kontrovers. Andrew Tate hatte seine Hochphase um 2022, er ist ein Influencer, seine Inhalte: misogyn, homophob, gefährlich. In kurzen, prägnanten Videos erklärt er seinen hauptsächlich männlichen Followern, wie sich Männer zu verhalten hätten, wie man(n) ein richtiger Mann wird, denn Männer sind keine Männer mehr. Sie sind Opfer des Feminismus. Zumindest, wenn man Tate Glauben schenkt. Aber auch Frauen spart er nicht aus. Frauen verlieren, laut Tate, mit jedem Sexualpartner an „Wert“. Frauen existieren, um zu befriedigen. Frauen haben sich einem Mann zu unterwerfen, denn nur dann seien sie glücklich- das sei der Lauf der Natur. Und wenn eine Frau vergewaltigt wird, ist sie selbst schuld, so Tate.

Für die wenigsten überraschend wurden Tate und sein Bruder 2022 in Rumänien verhaftet. Der Grund: Menschenhandel, Vergewaltigung, Zwangsprostitution. Trotz dieser heftigen Anschuldigungen, verlor Tate unter seinen Followern kaum an Popularität, die Anschuldigungen seien falsch und Tate ein Opfer der sogenannten Cancel Culture und des modernen Feminismus. Auf X (vormals Twitter) zählt Andrew Tate stolze 9,7 Millionen Follower:innen. Auf Instagram darf er kein Konto mehr haben.

Maximilian Krah

Auf TikTok ging der AfD-Politiker und Vertreter der Neuen Rechten Maximilian Krah mit einem Video viral, in dem er darüber spricht, dass echte Männer rechts und patriotisch seien. Rechtsextremismusforscher David Begrich beschreibt Krah so: „Maximilian Krah ist Rechtsanwalt, Katholik und seit Jahren einer der wichtigsten Exponenten des völkisch-nationalistischen Flügels in der AfD.“

Mit scheinbaren Dating- und Lebenstipps erreicht Krah tausende Aufrufe und viel Zuspruch. In seinem bekanntesten Video gibt er Ratschläge und adressiert Probleme, die junge Männer bei der Partnerinnensuche hätten. Im seriösen Anzug vor einem weißen Ikea-Regal sagt er in die Kamera:

„Jeder dritte junge Mann hatte noch nie eine Freundin. Du gehörst dazu? Schau keine Pornos, wähle nicht die Grünen, geh raus an die frische Luft, steh zu dir, sei selbstbewusst, guck grade aus. Und vor allem: lass dir nicht einreden, dass du lieb, soft, schwach und links zu sein hast. Echte Männer sind rechts, echte Männer haben Ideale, echte Männer sind Patrioten - dann klappt's auch mit der Freundin.“ Dating-Tipps und scheinbar gut gemeinte Lebensratschläge im gleichen Atemzug mit rechtsextremen Gedankengut. Die Unsicherheiten und Schwächen junger Männer zum Werkzeug zu machen - das können sie alle.

Mittlerweile hat die AfD-Spitze ein Auftrittsverbot gegen Krah verhängt, außerdem zieht er sich aus dem Bundesvorstand der AfD zurück. Doch EU-Spitzenkandidat bleibt er trotzdem.

Jordan Peterson

Dr. Jordan B. Peterson, ehemaliger Professor für Psychologie an der Harvard University und der University of Toronto und derjenige unserer Akteure, der sein rechtes Gedankengut am subtilsten vermittelt - und das macht ihn so gefährlich. Seine Internetkarriere begann damit, dass er seine Vorlesungen auf Youtube stellte. Diese waren prinzipiell noch nicht verwerflich und hatten keine ideologischen Inhalte - doch das blieb nicht lange so. Psychologie-Interessierte kommen durch Peterson schnell in ein rechtes Rabbit Hole, denn Peterson verpackt unauffällig rechtes Gedankengut in scheinbare Wissenschaft. Stark polarisierte er erstmals 2016, als er öffentlich einen kanadischen Gesetzesentwurf kritisierte, der es unter Strafe stellen sollte, Menschen absichtlich zu misgendern. Peterson behauptete darauf, man käme durch das neue Gesetz ins Gefängnis und unterstellte dem kanadischen Staat einen Nazi-ähnlichen Totalitarismus. Beide Behauptungen sind falsch.

Er agiert seitdem für rechte Medien, ist immer wieder in rechten Podcasts, Fernsehsendungen oder im Internet unterwegs. Übrigens, er unterstellt Linken einen kulturellen Marxismus, diese Argumentation hat Parallelen zu dem sogenannten „Kultur Bolschewismus“, ein Kampfbegriff der NSDAP.

Bis heute steht Peterson, anders als Maximilian Krah, nicht dazu, rechts zu sein, sondern inszeniert sich als den „kritischen, objektiven Wissenschaftler“. Was ihn allerdings mit Andrew Tate und Maximilian Krah verbindet, ist seine Zielgruppe: junge, unsichere Männer. Ihnen erklärt er, wieso es ihnen schlecht geht – wegen des Feminismus und der Linken. Sein Lebensratgeber-Buch „12 rules for life“ wurde zum internationalen Bestseller.

Antonia Leitner und Hanna Varga ■

Grausiges „Spektakel“ um Wiener Feuerwehrmänner

Ein menschenverachtendes Schauspiel inszenierten die Nationalsozialisten bei der Hinrichtung von Wiener Feuerwehrmännern am 31. Oktober 1944. Dafür erließ Kommandant Ing. Stanzig von der Feuerschutzpolizei am 28. Oktober 1944 einen eigenen Sonderbefehl. Er ordnete an, dass an diesem Tag die Männer der Wiener Feuerwehr in Uniform auf dem Militärschießplatz Kagran (heute Donaupark, Anm.) antreten mussten. Jenen Männern, die sich vielleicht diesem „Spektakel“ entziehen wollten, die eventuell schon eine Vorahnung hatten, was da auf sie zukommen könnte, drohte der SS-Standartenführer Ing. Stanzig mit disziplinären Maßnahmen. Denn ihnen waren sicher die Terrorurteile des Obersten SS- und Polizeigerichts gegen Widerstandskämpfer aus den Reihen der Wiener Feuerwehr vom 25. März 1944 bekannt, das 46 Kollegen wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ beziehungsweise „Feindbegünstigung“ mit der Todesstrafe oder zu Zuchthausstrafen in der Dauer von fünf Jahren bis zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt hatte. Alle 46 Feuerwehrmänner wurden nach der Urteilsverkündung am 29. März 1944 in das Konzentrationslager Mauthausen verschleppt.

Bei den Kollegen lebte das Andenken an Georg Weissel, den im Februar 1934 hingerichteten Floridsdorfer Genossen, weiter. So brachte etwa das illegale Einheitsfrontorgan der Wiener Berufsfeuerwehr - „Der rote Feuerwehrmann“ - im Februar 1937 eine eigene Georg-Weissel-Gedächtnisnummer heraus. Seinem Beispiel folgten auch Wiener Feuerwehrmänner während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. In einem Fonds, der nach Weissel benannt wurde, sammelten sie Geldspenden zur Unterstützung von Angehörigen verfolgter, verhafteter und hingerichteter Kollegen und verbreiteten illegale Flugschriften gegen das NS-Regime. So heißt es etwa in der politischen Beurteilung durch den NSDAP-Gaupersonalamsleiter Volkmer am 18. Dezember 1942 über Hermann Plackholm, den Hauptwachtmeister bei der Feuerwache Speising und ein führendes Mitglied der Widerstandsgruppe in den Reihen der Wiener Feuerwehr: „Hermann Plackholm, der dem marxistischen Lager entstammt, steht seit dem Umbruch dem NS-Staat abwartend gegenüber. Sein Gesamtverhalten lässt darauf schließen, dass er von seiner früheren marxistischen Weltanschauung bisher noch nicht losgekommen ist.“ Bei einem anderen Hauptangeklagten vor dem SS- und Polizeigericht, dem Meister der Hauptfeuerwache Ottakring Franz Pascher, stellte dieser NS-Funktionär in seiner Beurteilung fest, dass er „bei Sammlungen jede Gebefreudigkeit vermissen“ lässt. In den Februartagen 1943 rollte die Verhaftungswelle der Wiener Gestapo gegen Feuerwehrleute an. Insgesamt konnte die Gestapo 48 Zellenmitglieder dieser Widerstandsgruppe eruieren, über die sie drei Tage nach den drastischen Urteilen feststellte: „Unter den bemerkenswertesten ist wohl die kommunistische Zelle innerhalb der Wiener Feuerschutzpolizei zu nennen.“

Aus dem Konzentrationslager Mauthausen wurden die fünf zum Tode und dauernden Ehrverlust verurteilten Feuerwehrmänner, Franz Pascher, Johann Perthold, Hermann Plackholm, Oskar Schlaf und Johann Zak, am 27. Oktober 1944 nach Wien gebracht und im Polizeigefängnis, Roßauer Lände 7, eingesperrt. Am frühen Morgen des 31. Oktober 1944 wurden die fünf zum Tode Verurteilten an Pfählen auf dem Militärschießplatz Kagran angebunden, ihre zwangsweise abkommandierten Kameraden mussten im offenen Karree antreten, Zak rief noch „Ich grüße noch einmal alle meine Kollegen“, Plackholm ergänzte „Auch ich“, dann erschoss ein Exekutionskommando Hermann Plackholm und Johann Zak. Den drei anderen an Pfählen gebundenen Feuerwehrleuten, die die Hinrichtung ihrer beiden Freunde und Gesinnungsgenossen miterleben mussten, teilten die barbarischen Henker nach diesem grausigen „Spektakel“ ihre Begnadigung zu lebenslanglichem Zuchthaus mit und schickten sie wieder in das



Der Grabstein von Hermann Plackholm und Johann Zak in der Gruppe 40.

Konzentrationslager Mauthausen. Alle 44 Wiener Feuerwehrleute sollten das KZ Mauthausen überleben.

Erst einige Jahre nach ihrer Ermordung, nämlich im Herbst 1949, wurden in der Schachtgräberanlage der Gruppe 40 des Wiener Zentralfriedhofes, in der Reihe 20, Grab 190, die hier verscharrten Leichen von Hermann Plackholm und Johann Zak gefunden. Dieses Grab existiert heute noch.



Die kleine Synagoge im Alten Allgemeinen Krankenhaus – Marpe Lanefesch: Die Transformation eines Ortes

Die Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen Hietzing, riefen am 15. Mai 2024 gemeinsam mit der Bildungsorganisation der SPÖ Hietzing zu einer Gedenkveranstaltung in der vergessenen kleinen Synagoge im Alten Allgemeinen Krankenhaus. Unser Dank gilt Dr. Herbert Posch und DI Eduard Frosch, die selbstlos und engagiert diesen Nachmittag zu einem eindrucksvollen Erlebnis gestalteten. Sie erzählten anhand eines kleinen Bauwerks die Geschichte der Auslöschung der jüdischen Gemeinde 1938 und der Verdrängung nach 1945.

Besonderer Dank gilt auch Edith Krisch für die umfangreiche Recherche und Zusammenstellung aufschlussreicher Unterlagen, die in Kopie jeder von uns zum Abschied erhielt und die auch Quelle für diesen Beitrag waren. Uns war der Besuch Anlass innezuhalten und über das Geschehene nachzudenken.

Nach 1938 war es nicht ganz dem Verfall preisgegeben, denn als Rumpelkammer konnte man es gut gebrauchen. Selbst 1952 noch hat man mit an Gedankenlosigkeit nicht zu überbietendem Pragmatismus ein Transformatorhaus für die elektrische Versorgung des Narrenturms und der angrenzenden Kliniken daraus gemacht. Nichts deutete mehr auf eine ehemalige Synagoge hin. Ironie der Geschichte: Ohne die schändliche „Zwischennutzung“ hätte der Bau wohl überhaupt nicht überlebt. Wie kam es zur Errichtung eines jüdischen Bethauses im Alten AKH?

Um die Jahrhundertwende beauftragte die Israelitische Cultusgemeinde Wien den Architekten Max Fleischer mit der Planung eines Betpavillons für „die kranken Israeliten im k.k. allgemeinen Kranken-



Lukas Kubanek

1. Reihe v. l. Liesel Fischer, Edith Krisch, Katharina Müller-John, Ingrid Nowotny. 2. Reihe v. l. Ali Kohlbacher, Eduard Frosch, Herbert Posch, Lukas Kubanek.

haus“. Spendensammlungen mehrerer Vereine zur Unterstützung armer, kranker Israeliten und zur Erhaltung des Judentums.

Von Max Fleischers großen neugotischen oder Neo-Renaissance-Synagogen, den Tempeln in der Schmalzhof-, in der Neudegger- oder in der Müllnergasse, in Krems an der Donau oder im mährischen Raum existiert kein einziger mehr. Die Kremser Synagoge, die nach einem Bombenangriff am 2. April 1945 baulich intakt geblieben war, wurde am Freitag, dem 10. März 1978 mit aufrechtem Baubescheid abgerissen. Somit waren alle Synagogen zerstört - bis auf den kleinen Bau im Alten AKH. Er überstand - wohl wegen seiner Abgeschlossenheit und Kleinheit - Pogromnacht und Zerstörungswut als sein einziges Werk.

1988 wurde das AKH der Universität Wien zur Errichtung eines Campus geschenkt, damit ging auch das Bethaus in deren Eigentum

und Verantwortung über. Damit beginnt auch die Geschichte des neuen Lebens, der „Transformation eines Ortes“. Der ursprüngliche Plan, dem Bauwerk seine Funktion als Synagoge, als Bethaus, als sakraler Ort, zurückzugeben, musste aufgegeben werden - und zwar aus einem traurig-realistischen Grund: Gottesdienst und Seelsorge - die ureigentlichen Zwecke einer Synagoge - können nicht mehr wahrgenommen werden, da es keine entsprechend große jüdische Gemeinde mehr gibt und im Neuen AKH ein Andachtsraum eingerichtet wurde.

Im Einvernehmen mit der Israelitischen Kultusgemeinde wurde ein multifunktionaler, integrativer Raum für die Universität geschaffen, der die Geschichte nicht verleugnet. Marpe Lanefesch (dt. „Heilung der Seele“) ist auch Aufbewahrungsort für das „Gedenkbuch für die Opfer des Nationalso-

zialismus an der Universität Wien“. In dieses Buch sind handgeschriebene bis jetzt 1.770 Namen vertriebener Studierender, 234 Namen Betroffener von Aberkennungen akademischer Grade und rund 200 Namen von vertriebenen ProfessorInnen und DozentInnen mitsamt kurzen Biografien, Erinnerungen und Fotografien, soweit verfügbar, aufgenommen. Das Werk ist nicht abgeschlossen, sondern unterliegt noch einem offenen Forschungsprozess.

Ingrid Nowotny ■

Die Bezeichnung „Narrenturm“ (oder wegen seiner runden Form „Gugelhupf“) setzt in diesem Zusammenhang nicht herab, sondern gibt nur die in Wien gebräuchliche Bezeichnung für den von Joseph II 1784 initiierten Bau der ersten psychiatrischen Klinik Kontinentaleuropas wieder - zu seiner Zeit eine fortschrittliche Einrichtung in der Hoffnung, hier psychisch kranke Menschen unterbringen und heilen zu können. Heute beherbergt der Turm das Pathologisch-Anatomische Bundesmuseum.

Frauen im Widerstand

Die Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin zeigte im Sommer und Herbst eine Ausstellung über Widerstand von Frauen gegen die nationalsozialistische Diktatur. Dieser war vielfältig, risikoreich und mutig. Dennoch ist er nach 1945 über Jahrzehnte in der deutschen Öffentlichkeit nicht oder nur unzureichend beachtet worden.

Im Zentrum der Ausstellung standen Lebensbilder von Widerstandskämpferinnen. Sie zeigten die gesamte soziale Breite und weltanschauliche Vielfalt des Widerstands gegen das NS-Regime. Zugleich wurde erstmals eine Vielzahl von Frauen gewürdigt, die wegen ihres Widerstands von der Unrechtsjustiz der Nazis verfolgt worden sind. Während einzelne Frauen bereits in der Weimarer Republik vor dem erstarkenden Nationalsozialismus warnten, fanden andere nach 1933 oder während der Kriegsjahre ihren Weg in den Widerstand und widersetzen sich dem nationalsozialistischen Unrechtsstaat.

Die 20-jährige Berlinerin Hildegard Loewy wird am 4. März 1943 in der Hinrichtungsstätte Plötzensee ermordet. Als Jüdin ist sie der nationalsozialistischen Verfolgung ausgesetzt und engagiert sich gegen die antisemitische NS-Politik und den Krieg. Sie beteiligt sich an Flugblattaktionen, stellt ihre Wohnung für geheime Treffen zur Verfügung und unterstützt die Aktionen der kommunistisch-zionistischen Widerstandsgruppe um Herbert Baum und Heinz Joachim gegen die antisowjetische Propagandausstellung „Das Sowjetparadies“. Im Juli 1942 wird Hildegard Loewy festgenommen und während der folgenden Verhöre schwer misshandelt. Sie unternimmt einen Fluchtversuch aus dem Gefängnis Moabit in Berlin, der jedoch scheitert. Der „Volksgerichtshof“ verurteilte sie wegen ihrer Widerstandsaktivitäten zum Tode.

Elfriede Scholz, geborene Remark, wächst als jüngstes von fünf Kindern in Osnabrück auf. Ihr Bruder ist der Schriftsteller Erich Maria Remarque, Autor des 1928 erschienenen Antikriegsromans „Im Westen nichts Neues“. Sie absolviert eine Schneiderlehre und macht sich selbstständig. Elfriede Scholz ist eine überzeugte Gegnerin des NS-Regimes. In ihrer Schneiderei in Dresden äußert sie sich wiederholt kritisch über den Krieg. Sie bezeichnet dabei die deutschen Soldaten als „Schlachtvieh“ und wünscht Adolf Hitler öffentlich den Tod. Vom Ehemann einer Kundin verraten, wird sie im August 1943 von der Gestapo festgenommen. Am 29. Oktober 1943 verurteilt der „Volksgerichtshof“ Elfriede Scholz zum Tode. Sie wird am 16. Dezember 1943 in Berlin-Plötzensee ermordet. Ihr Bruder erfährt erst 1946 von ihrer Hinrichtung und widmet ihr 1952 den Roman „Der Funke Leben“. Seit 2013 erinnert ein Stolperstein in Dresden an Elfriede Scholz.

Das sind zwei von 32 Frauen, die die Ausstellung in 23 thematischen Einheiten exemplarisch präsentierte. Eine Medienstation ermöglichte den Zugang zu vielen weiteren Biografien, die mit Fotos, Dokumenten und



Die Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin erinnerte an mehr als 250 Frauen, die Widerstand gegen die Nazis geleistet haben.

erläuternden Texten einen vertiefenden Einblick bieten. Ein raumübergreifendes Porträtband an den Wänden erinnerte beispielhaft an die mehr als 250 Frauen, die auf diese Weise in der Ausstellung gewürdigt werden. Sie alle nutzten jene Möglichkeiten, die es unter den Bedingungen der Diktatur für Mitmenschlichkeit und politisches Handeln noch gab. Zugleich wird mit den Lebensbildern der Frauen deutlich, mit welcher Härte das NS-Regime gegen die Widerstandskämpferinnen vorgegangen ist.

Aus österreichischer Sicht bedauerlich ist, dass auf den Widerstand von Frauen „bei uns“ in der Ausstellung vergessen wurde. Nur bei zwei Frauen gibt es einen Österreich-Bezug, Hilda Monte, 1914 in Wien geboren, und Lisa Fittko, die in Wien aufgewachsen ist.

In der Schriftenreihe „Frauen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus“ sind bisher vier Bände erschienen. Die Homepage zur Ausstellung bleibt auch nach deren Ende online.

Web-Tipp: www.frauen-im-widerstand-33-45.de

Gerald Netzl ■



Das Roma-KZ in Hodonín

In der Nazi-Diktion und noch viel zu lang auch in unserem Sprachgebrauch wurden sie abfällig „Zigeuner“ genannt. Leicht hatten es Roma und Sinti in Europa nie. Die Nazi-Zeit sollte allerdings alles Bisherige in den Schatten stellen: Nichts weniger als ihre Vernichtung war das Ziel der braunen Barbaren. Es gibt in Romanes sogar ein Wort dafür: „Porajmos“ (deutsch „das Verschlingen“) entspricht „Holocaust“.

50 km nördlich von Brünn befand sich 1942/43 das „Zigeuner“-Lager in Hodonín u Kunštátu. Es wurde im Protektorat Böhmen und Mähren zur Zwangskonzentration der mährischen Roma verwendet. Ebenso wie in das „Zigeuner“-Lager Lety u Písku 80 km südlich von Prag (für die tschechischen Roma) wurde Anfang August 1942 eine große Anzahl von Roma-Familien in das Lager gezwungen, die Lagerkapazität von 800 Menschen wurde von Anfang an deutlich überschritten. Die Lebensbedingungen, die Versorgung mit Nahrungsmitteln und die sanitären Einrichtungen waren prekär. In beiden Lagern bestand das Aufsichtspersonal aus Polizeikräften des Protektorats, also aus tschechischen Polizisten. Insgesamt durchliefen das Lager Hodonín mehr als 1.300 Personen, von denen alleine 207 im Lager selbst durch Krankheiten, Mangelernährung in Kombination mit Zwangsarbeit und aus ähnlichen Gründen ums Leben kamen.

Aus dem Lager Hodonín heraus fanden zwei große Deportationen statt. Der erste Transport bestand aus 46 Männern und 29 Frauen, die als „asozial“ gebrandmarkt worden waren und am 7. Dezember 1942 aufgrund des „Erlasses zur vorbeugenden Verbrechensbekämpfung“ nach Auschwitz deportiert wurden. Der zweite Massentransport fand am 21. August 1943 statt. Dieser brachte insgesamt 749 Häftlinge aus Hodonín nach Auschwitz-Birkenau. Nach dieser zweiten Deportation befanden sich nur noch 62 Häftlinge im Lager. Eine nicht-Roma-Familie aus Olešnice adoptierte einen acht Jahre alten Häftling aus dem Lager und bewahrte das Kind damit vor weiterem Leid, denn nur wenige der verbleibenden Häftlinge wurden entlassen. Der Rest wurde im Winter 1944 ebenfalls nach Auschwitz deportiert.

In Hodonín u Kunštátu (Achtung: nicht zu verwechseln mit Hodonín an der tschechisch-slowakischen Grenze!) befindet sich seit 2021 eine äußerst sehenswerte Ausstellung zur Geschichte des Lagers und zur Geschichte der Volksgruppe in Böhmen und Mähren. Alle Texte sind tschechisch und englisch, ein Besuch wird Interessierten wärmstens empfohlen. Geöffnet April-Oktober Mittwoch bis Sonntag 10:00-18:00. Nach einem Besuch

der Gedenkstätte stellt man fest, dass es Österreich zur Schande gereicht, dass es etwas Vergleichbares bei uns nicht gibt. Außerhalb des ehemaligen Lagergeländes / der Gedenkstätte befindet sich das Denkmal Žalov auf einem Massengrab für die Opfer. Gestaltet hat das Denkmal der Roma-Künstler Eduard Oláh.

Es bietet sich an, die Fahrt nach Hodonín mit einem Besuch des Museums der Roma-Kultur in Brünn zu kombinieren (Ganzjährig geöffnet Dienstag bis Sonntag 10:00-18:00).

Web-Tipp: www.hodoninpatnik.cz

Gerald Netzl ■



Gerald Netzl



Gerald Netzl

Die Gedenkstätte in Hodonín u Kunštátu liegt ca. 50 km nördlich von Brünn.

Denkmal Žalov auf dem Massengrab für die Opfer des NS-Rassenwahns.



Demokratie ohne Demokraten?

War die Erste österreichische Republik eine „Demokratie ohne Demokraten“? Dieser Frage geht ein gleichnamiges Buch nach, das die Demokratieverständnisse in den politischen Parteien der Ersten Republik zwischen 1918 und 1934 analysiert und welches heuer im v&r unipress-Verlag erschien.

Der kleinste gemeinsame Nenner im Demokratieverständnis der Regierungsparteien im Laufe der Ersten Republik - Sozialdemokraten, Christlichsoziale, Großdeutsche, Landbund und Heimwehren/Heimatblock - war, dass Demokratie als die Herrschaft des Volkes und dessen Selbstbestimmung verstanden wurde. Doch bei der Frage, wie die Herrschaft des Volkes ausgeprägt sein sollte, herrschte große Uneinigkeit.

Hans Kelsen, der „Architekt“ des Bundesverfassungsgesetzes von 1920 ging davon aus, dass das Volk nur auf juristischer, verfassungsrechtlicher Ebene existiere und es keinen natürlichen Volkswillen gebe. Daher könne ein Volkswille gar nicht repräsentiert werden, aber es sei eine Repräsentation notwendig, um einen Staatswillen zu erzeugen. In Vertretung des Volkes erzeuge das Parlament einen eigenen Willen.

Innerhalb der Parteien wird „Volk“ als eine tatsächlich existente Größe gesehen, weswegen es auch einen Volkswillen gebe. Insbesondere laut bürgerlichem und deutschnationalem Lager existiere das Parlament nicht, um den Volkswillen zu bilden, sondern um denselben abzubilden. Somit entsteht zwangsläufig eine Differenz zwischen Repräsentanten und den Repräsentierten und die Repräsentationsfunktion könne auch von anderen Repräsentanten als dem Parlament erledigt werden. Bei den Sozialdemokraten repräsentierte wiederum die existente Demokratie der Ersten Republik eine defizitäre beziehungsweise eine formale, politische Demokratie, da in dieser keine ökonomisch-soziale Gleichheit innerhalb des Volkes existiere, da das arbeitende Volk von der Bourgeoisie unterdrückt werde. Es müsse somit eine bessere oder ideale Form der Demokratie geschaffen werden, in der das arbeitende Volk/das Proletariat nicht ausgebeutet werde.

Die Sozialdemokraten sahen das Ideal in der „sozialen Demokratie“, in der sämtliche Klassengegensätze aufgehoben seien und unter dem Volk nicht nur eine politische, sondern auch eine ökonomische Gleichheit existiere. Die vorhandene Demokratie der Ersten Republik diene als Kampfboden, um diese soziale Demokratie bevorzugt über die „proletarische Demokratie“ durchzusetzen. Die „Diktatur des Proletariats“ als nichtdemokratisches System zeitigte eine Regierungsform defensiven Charakters, die angewandt werden müsse, sofern die Bourgeoisie versuche, die bereits eingerichtete proletarische Demokratie als Wille der Mehrheit des Volkes mit Gewalt zu zerstören. Otto Bauer prägte neben diesem defensiven Begriff auch einen präventiven Diktaturbegriff, welcher durch einen Präventivschlag des Proletariats gekennzeichnet ist, sofern die Bourgeoisie versuchen werde, die Diktatur der Bourgeoisie zu erobern, wenn die demokratischen Institutionen nicht

mehr funktionierten und das Proletariat und die Bourgeoisie nicht stark genug seien, die Macht mittels Demokratie zu erobern. Dieser Begriff schaffte es allerdings im Gegensatz zum defensiven Begriff nicht in das Linzer Programm von 1926. In den ersten Jahren der Ersten Republik unterstützten die Christlichsozialen die „freie demokratische Republik“ als „wahre Demokratie“ ohne „Herrschaft der Juden“ sowie mit einem starken Parlament. Insbesondere wegen der schwierigen Verhandlungen im Hinblick auf die Genfer Protokolle (1922, Sanierung der österr. Währung, Anm.) änderte sich bei den Christlichsozialen jedoch das Ideal der wahren Demokratie: Es wurde immer stärker eine autoritative Stärkung des Bundespräsidenten, eine Schwächung des Parlamentes sowie eine Reduzierung der Macht der Parteien gefordert. Mit der Weltwirtschaftskrise und der „Enzyklika Quadragesimo Anno“ von Papst Pius XI. von 1931 wurden die Rufe nach berufsständischer Vertretung immer lauter.

Die wahre Demokratie bei der Großdeutschen Volkspartei war die „nationale Demokratie“ auf der Basis der deutschen „Volksgemeinschaft“ ohne Juden, während der bäuerlich-deutschnationale Landbund die „wahre Volksherrschaft“ in einer „ständischen Demokratie“ mit starkem Staats-



Demonstration vor dem Parlament 1919

oberhaupt, aber unter Ablehnung der „parlamentarischen Parteiendemokratie“ sah. Die Heimwehren wiederum wollten den ständisch geprägten faschistischen Heimwehrstaat als „wahre Demokratie“ einrichten.

Die ständige Kritik an der existenten Verfassungsordnung und die Konzeption von besseren und idealen Demokratien führten zu einem massiven Legitimationsdefizit des politischen Systems der Ersten Republik, sodass auch die Bevölkerung nicht mehr wusste, was der demokratische Weg eigentlich repräsentierte. Es fehlte an Parteieliten, welche die existente demokratische Ordnung der Ersten Republik bedingungslos unterstützten.



Der Wert der Demokratie

Am 2. Mai 2024 haben österreichische und Südtiroler Autorenverbände in Wien die Plattform Der Wert der Demokratie (dWdD) gegründet. Sprachlich-literarisch will sich die Initiative der Aushöhlung von Grund-, Freiheits- und Menschenrechten widersetzen.

Wörtlich heißt es in der Gründungsurkunde: „Die literarischen Verbände“ – es sind dies die Interessengemeinschaft Autorinnen Autoren (IG), Grazer Autorinnen Autoren (GAV), Österreichischer PEN-Club (PEN) und der Österreichische Schriftsteller/innen-Verband (ÖSV) – „haben sich zusammengeschlossen, um ... sich dem Wandel der politischen Verhältnisse entgegenzustellen und der zunehmenden Abwertung demokratischer Institutionen und Errungenschaften Einhalt zu gebieten.“

Auf einem Internetforum (Link s.u.) entlarven Blogs von Autorinnen und Autoren, vor allem Mitgliedern der literarischen Verbände, Begriffe und Wortfolgen wie Faschismuskule (Sabine Gruber), Wahre Patrioten (Reinhold Bilgeri), Festung (Anna Weidenholzer) oder Worte sind immer schon Taten (Christian Teissl). Ein Text zum Beispiel:



V. l. n. r. Doron Rabinovici (GAV), Marion Wiesinger (PEN-Club), Gerhard Ruiss (IG) und Christian Teissl (ÖSV).

Volksverrat

1933 - die rechtsextreme NSDAP mit ihrem rechtsextremen Parteiführer Adolf Hitler ist gerade mit Hilfe der konservativen Zentrumsparterie an die Macht gekommen - wird das deutsche Strafrecht um den Tatbestand Volksverrat ergänzt. Volksverrat ist demnach „ein unmittelbar gegen das deutsche Volk gerichtetes Verbrechen eines Volksgenossen, der die politische Einheit, Freiheit und Macht des deutschen Volkes zu erschüttern trachtet“.

Gegen das deutsche Volk richtet sich also der Volksverrat. In der globalisierten Wertewelt des rechtsextremen Nationalismus und seiner Verteidiger aller Vaterländer kann man das Wort deutsch getrost ersetzen durch jede beliebige national-besitzergreifende Chiffre: italienisch, spanisch, schwedisch, ungarisch. Volk ist Blut, das eigene. Und Volk ist Boden, selbstredend auch der eigene: America first, la France reste la France. Festung Österreich.

Österreich, immer ein gutes Beispiel. Hier geht man voran, spätestens seit den 1980er Jahren. Und unlängst hat der Vorsitzende jener Partei, die, wenn schon nicht als „gesichert rechtsextrem“, so doch als „rechtspopulistisch mit rechtsextremen Elementen“ zutreffend definiert werden kann, einmal mehr bewiesen, dass das Vokabular des Dritten Reiches noch lange nicht ausgedient hat. Alle seine Gegner, die ihn als Volkskanzler - der Anspruch auf den Funktionstitel Führerkanzler wurde (noch) tunlich vermeiden - „verhindern wollen“, mögen sich doch zur Einheitsliste Volksverrat zusammenschließen.

Die Gegner? Das sind die anderen. Die Gegner sind die Systemparteien. Konservative und Sozialdemokraten ebenso wie Grüne und Liberale. Und, so wäre zu ergänzen nach dieser bestechenden Logik, Kommunisten, Bierpolitiker oder Keine von allen. Man soll, bei solchen Aufzählungen, niemandem unrecht tun.

Strafen wird's freilich auch geben, für die Volksverräter, wenn dann diese ambitioniert tatbestandssetzende Partei einmal so richtig die Macht spü-

ren darf. Und damit sich die Aufgezählten ihrer juristischen Verantwortung nicht feige entziehen, werden schon jetzt Fahndungslisten in Aussicht gestellt. Für den (noch) aktuellen Bundeskanzler etwa, den Vizekanzler oder die Bundesministerin für Europäische Union und österreichische Verfassung.

Die Fahndungslisten der zukünftigen autoritären Autorität, schwarze Listen für politisch Mißliebige, werden sich mühelos ergänzen lassen mit weiteren unzumutbaren „Elementen“ außerhalb der verantwortungsvoll eng gezogenen Volksgemeinschaft. Neben den Volksverrättern, die sich durch

ihre Untreue gegen das eigene Volk ohnehin selbst mutwillig disqualifiziert haben, sind dies, per se, die üblich Verdächtigen: Homosexuelle sowie andere, gegenderte Unzuverlässige bzw. undefinierbare, entartete „Kultur-schaffende“ ebenso wie geheimbündlerische Freimaurer, Bilderberger und Mikrobiologen. Agenten der NATO-Ukraine, semitische Internationalisten und impfwütige Schulmedizinfaschisten.

Und, ach ja, Migranten! Volksfremde. Oder auch solche, die irgendwann einmal welche waren. Und schon allein mangels ausreichender Autochthonie konsequent rückzuführen sein werden. Bis in die dritte Generation, grundsätzlich, bis in die fünfte, höchstens, man ist, jeder unqualifizierten Anfeindung zum Trotz, Humanist. Identitäre Umvolkungsspezialisten, straff organisiert in „ganz gewöhnlichen NGOs“, werden die Partei ohne System und aller Herzen, weil als einzige übriggeblieben, und deren volkstreuem Behörden gerne mit Rat und Tat unterstützen.

Bis es so weit ist, darf marschiert werden, für das edle Ziel. Mit Stiefel oder Turnschuh, mit Glatze oder brav gepflegtem Scheitel. Und skandiert werden darf auch: Wir sind das Volk!

Tatsächlich? Sind sie das?

„Es soll nicht hingenommen werden“, so Günter Ruiss, der Geschäftsführer der IG, dass „Hetze und Abwertung von Menschengruppen an der Tagesordnung“ stehen, „um als vorgebliche Stimme der Mehrheit Wählerstimmen zu gewinnen“.

Wie treffend. Danke für die Initiative!

Link: wert-der-demokratie.at



Alois Mentasti: Wegbereiter der Sozialdemokratie am Land

Die SPÖ Bäuerinnen und Bauern feierten im August ihr 101-jähriges Bestehen in Bad Vöslau. Alois Mentasti, Weinbauer aus Sooß bei Baden, fungierte als Wegbereiter der ersten Stunde. Seine Wirkungsgeschichte reichte vom Beginn der Ersten Republik bis in die Mitte der 1950er Jahre und beinhaltete politische Ämter auf Gemeinde-, Landes- und Bundesebene. Als aufrechter Sozialdemokrat wurde er ab 1934 verfolgt und inhaftiert.

Mit Alois Mentasti sind sein Engagement für „Kleinbauern“ und für den ländlichen Raum untrennbar verbunden. Als „Roter“ stand er dabei im Widerspruch zur konservativ-dörflichen Kultur. Zwar wurden diese alten Lebensverhältnisse durch Industrialisierung und Bahnbau gründlich erschüttert, die Entstehung sozialdemokratischer Lebensmilieus in ländlich geprägten Regionen war dennoch ein schwieriger Prozess, der allerlei Konflikte und Auseinandersetzungen hervorbrachte.

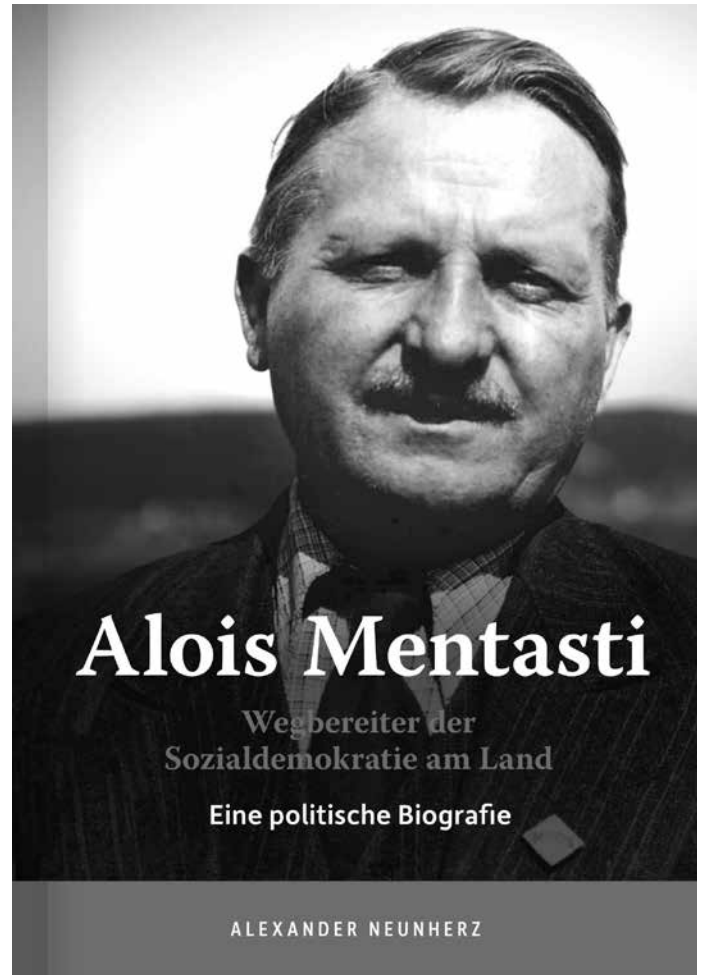
Trotz aller Widrigkeiten konnte am 17. März 1923 die „Vereinigung der Kleinbauern, Weinbautreibenden und Kleinpächter“ gegründet werden, zunächst als Sektion innerhalb des sozialdemokratischen Land- und Forstarbeiterverbandes. Am 13. Juni 1925 wurde die Kleinbauernvereinigung offiziell ein selbständiger Verband. Dazu wurde eine Reichskonferenz (= Bundeskonferenz, Anm.) in Wien abgehalten, bei der Statut und Geschäftsordnung beschlossen wurden.

Inhaltlich war seit Gründung der Ersten Republik eine Debatte um die Bodenreform besonders hart umkämpft. Dahinter stand die Idee, die Agrarstruktur zu reformieren, insbesondere in Bezug auf Landbesitz und Landverteilung. Die Sozialdemokrat:innen sahen sich hier in der Auseinandersetzung mit dem adeligen, geistlichen und bürgerlichen Großgrundbesitz. Eine gerechtere Verteilung von Grund und Boden sollte dazu beitragen, die Lebensbedingungen der „Kleinbauern“ zu verbessern.

Faschismus und Nachkriegszeit

Im Februar 1934 wurde Alois Mentasti verhaftet und in weiterer Folge im Anhaltelager Wöllersdorf interniert. Schikanen und Hausdurchsuchungen dauerten auch während der Nazi-Diktatur an. Nach dem gescheiterten Attentat auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944 wurde Mentasti erneut festgenommen und befand sich daraufhin in Wiener Neustadt in Gestapo-Haft. Als am 27. April 1945 die Provisorische Staatsregierung Renner gebildet wurde, übernahm Alois Mentasti die Funktion eines Unterstaatssekretärs im „Staatsamt für Ackerbau und Forstwirtschaft“, dem heutigen Landwirtschaftsministerium. Politisch hatte für Mentasti die Bereinigung gültiger NS-Gesetze hohe Priorität. So forderte er vehement die Aufhebung des Reichserbhofgesetzes, welches der Blut- und Boden-Weltanschauung mit ihrer zugrunde liegenden Idee einer germanisch-nordischen Rasse als Baumentum diente. Die Provisorische Staatsregierung setzte das Gesetz schließlich am 19. September 1945 außer Kraft.

Bereits Anfang August 1945 wurde er beim wieder gegründeten „Verband der Freien Arbeitsbauern“ erneut zum Bundesvorsitzenden gewählt. Die Organisation gab sich dabei auch einen neuen Namen und trat von nun an als „Österreichischer Arbeitsbauernbund“ in Erscheinung. Bis zu seinem Ausscheiden aus der Politik Mitte der 1950er Jahre bekleidete Alois Mentasti zahlreiche politische Funktionen auf Gemeinde-, Landes- und Bundesebene, etwa als Bürgermeister von Sooß, 2. Landtagspräsident in Niederösterreich oder Nationalratsabgeordneter - zudem gehörte er als Mitglied des Bundesparteivorstandes zum erweiterten SPÖ-Führungskreis. Alois Mentasti war ein bedeutender Wegbereiter der Sozialdemokratie am Land. Der Wunsch nach einer Partei der „Arbeiter und Bauern“ erfüllte sich für ihn jedoch nicht, die Kluft - mal größer, mal kleiner - blieb bestehen. Dennoch legten Pionier:innen wie Alois Mentasti mit ihrer be-



harrlichen langjährigen Arbeit - Erfolge und Rückschläge inbegriffen - den Grundstein für spätere Wahlerfolge der SPÖ in Dörfern und ländlichen Regionen. Das mühsam erworbene Vertrauen sollte sich auch in ein immer größer werdendes Wähler:innenvotum am Land niederschlagen: Als Bruno Kreisky bei der Nationalratswahl 1975 seine absolute Mehrheit sogar noch leicht ausbauen konnte, war dies vor allem den Kleingemeinden zu verdanken.

Alexander Neunherz ■

Eine umfangreiche Biografie über Alois Mentasti kann bei Alexander Neunherz unter office@politikforschung.at kostenlos bestellt werden. Im Herbst 2025 erscheint zudem ein neues Buch im Mandelbaum-Verlag, welches sich mit rund 20 Biografien sozialdemokratischer Wegbereiter:innen auseinandersetzt. Alois Mentasti wird dort ebenfalls zu finden sein.



Josef Hindels – Lehrer und Gewissen unserer Bewegung

Vielen von uns ist Josef Hindels ein bekannter Name, er hat nicht wenig in seiner Lebenszeit geschrieben und so immer wieder den Diskurs geöffnet. Was ihn aber ganz besonders auszeichnet ist zum einen seine ehrliche Haltung und das enorme Wissen, dass er in den zahlreichen Schriften uns allen hinterlassen hat.

Wenn Menschen über die Ideen des Otto Bauer und des Austromarxismus der Zwischenkriegszeit lernen wollen, so werden sie über kurz oder lang auf Josef Hindels stoßen. Ebenfalls sind seine Broschüren und Bücher zum Februar 1934 sowie dem Widerstand in unseren Reihen bekannt und werden noch immer als Bildungsmaterial herangezogen.

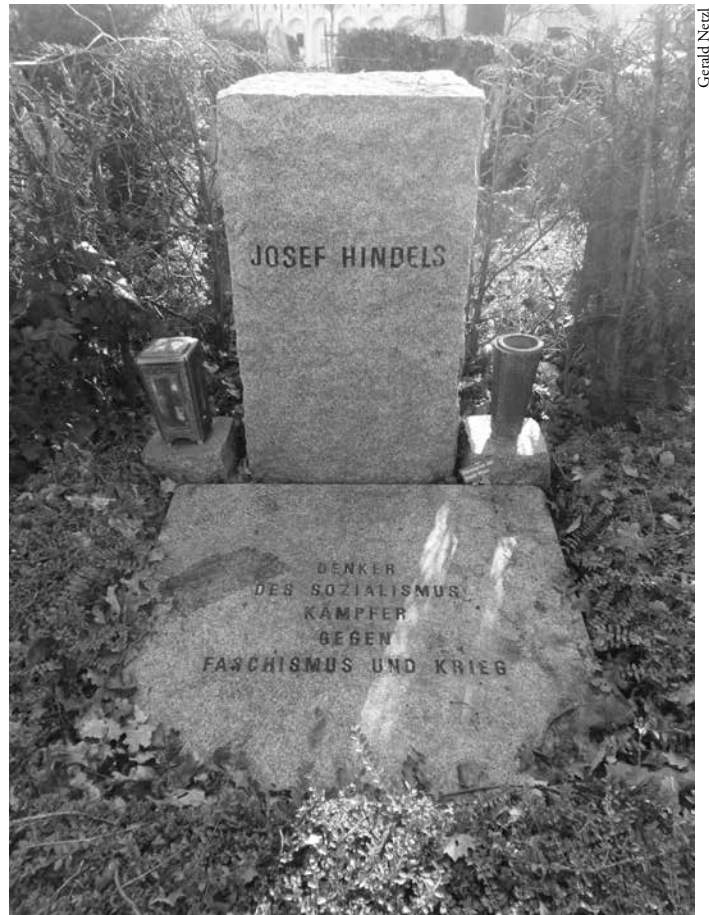
Leider ist es der Fall, dass Hindels und sein Werk in den letzten Jahren kaum noch Aufmerksamkeit gefunden haben - dabei sollte in unseren Zeiten das Gegenteil der Fall sein.

Geboren während des Ersten Weltkrieges kam Hindels (1916-1990) durch die Familie in die Sozialdemokratie. Begonnen hat er seinen Weg in den Jugendorganisationen und lernte dabei auch Otto Bauer und die Ideen des Austromarxismus kennen. Wie viele andere war er in den frühen 1930er-Jahren enttäuscht von der SDAP und wandte sich 1932 einer kommunistischen Splittergruppe zu. Bereits in jungen Jahren beschäftigte er sich intensiv mit ideologischen Fragen und wie dereinst die bessere Welt aussehen sollte. Mit 17 Jahren erlebte er die Kämpfe des Februar 1934 in Wien mit, sah auch ihr Ergebnis. Der Widerstand, an dem er regen Anteil nahm, war nicht leicht und er floh unter dem Pseudonym „Karl Popper“ nach Prag. Ebenso wie Willy Brandt sollte es ihn nach Norwegen und nach dem Einmarsch der Wehrmacht im April 1940 nach Schweden ins Exil verschlagen. Erst im Exil brach er mit dem Kommunismus und blieb sein Leben lang ein aufrichtiger und ehrlicher Sozialist. Über Umwege kehrte er nach Österreich zurück und sollte in den Anfangsjahren Bildungsreferent der Sozialistischen Jugend werden. Seine „Erinnerungen eines linken Sozialisten“ sind ein Spiegelbild dieser Zeit.

In seiner frühen Arbeit stieß er auf den Unmut und Widerstand älterer Genossen. Viele aus dem Parteivorstand stießen sich an den linken Meinungen und Auffassungen von Hindels, nannten ihn einen Radikalen. Seine schwierigste Auseinandersetzung führte er gegen den Parteivorsitzenden Schärf, der mit der Ideologie und Tätigkeit von Hindels nicht einverstanden war. Dabei ließ Hindels sich nie verleugnen und blieb seinen Prinzipien stets treu. So wurde er, ohne es zu wollen, das Gewissen unserer Bewegung. In seinem Leben galt die wichtige inhaltliche Arbeit den FreiheitskämpferInnen und ihrer Vergangenheit. Über vierzig Jahre hinweg schrieb er eine Vielzahl von Broschüren zu den unterschiedlichsten Themen, ab 1971 gehörte er dem Bundesvorstand an bzw. war stv. Bundesvorsitzender. Besonders dem Widerstand und den Kämpfen des Februar 1934 widmete Hindels seine Aufmerksamkeit und erzählte so auch vom Leben des jungen Genossen Josef Gerl, der im Juli 1934 standrechtlich hingerichtet wurde. Als Zeitzeuge versuchte er all das zu erzählen, was ihm widerfahren ist und mahnte uns an diesen Lektionen.

Aus seiner eigenen Jugend heraus wusste er, dass politische und ideologische Bildung wichtig sind und nutzte sein über die Jahrzehnte gesammeltes Wissen. Auf besondere Art und Weise schaffte es Hindels, schwierige ideologische Standpunkte der Bewegung zu erklären und machte dies allen kommenden Generationen zugänglich.

Insbesondere für junge Menschen wollte er erklären, damit sie das entsprechende Werkzeug in die Hände bekommen und so den Kampf für eine



Gerald Nezzl

Josef Hindels Grab befindet sich beim Krematorium im Urnenhain der Feuerhalle Simmering.

bessere Welt führen können. Der Weg zum Sozialismus, so Hindels, sei ein langer und noch lange nicht vollendet - dafür bräuchte es weiterhin große Anstrengungen, gute Bildung und vor allem den Mut zu handeln. Ebenfalls widmete er sich der Analyse der neofaschistischen Bewegungen nach 1945, die 20 Jahre nach dem Kriegsende wieder aufkommen sollten. Für ihn war eine antifaschistische Grundhaltung der Grundstein einer jeden sozialistischen und sozialdemokratischen Bewegung, ohne diese könnte sie nicht tätig sein. Dieser Grundsatz gilt für das Hier und Jetzt, in unserer täglichen Arbeit für die Sozialdemokratie, umso mehr angesichts des immer stärker werdenden Rechtsextremismus.

Mit seinen zahlreichen Tätigkeiten und dem gesammelten Wissen stand er vierzig Jahre lang im besten Dienst unserer Organisation und beweist heute, wie damals, dass der Kampf gegen Rechtsextreme und Faschisten sowie der Kampf für eine bessere Welt immer gemeinsam geführt werden müssen!

Alexander Rath ■



Die Brünnener Konferenz der RS

Zum Jahreswechsel 1934/35 fand in Brünn eine sog. Reichskonferenz der Revolutionären Sozialisten statt. Der Ort wurde gewählt, weil sich in Brünn seit dem Verbot der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei im Februar 1934 das „Auslandsbüro der österreichischen Sozialdemokraten“ (Alös) befand. Aus allen neun Bundesländern nahmen Delegierte an der Konferenz teil. Rudolfine Muhr aus Hietzing erinnerte in der 1981 von unserem Bund unter Federführung von Josef Hindels herausgegebenen Broschüre „Fanal des Freiheitskampfes“ an die Konferenz:

Blansko

Schon einmal bin ich in die Tschechoslowakei eingereist. Damals allerdings ging es über Lundenburg (Breslau) nach Blansko, einem kleinen Ort bei Brünn, zur ersten illegalen Wiener Konferenz, die am 8. und 9. September 1934 stattfand. Nach der gewaltsamen Niederwerfung der Arbeiterbewegung im Februar 1934 hatten sich in der erbitterten Arbeiterschaft Gruppen und Zirkel gebildet, die unabhängig voneinander Widerstand gegen die Heimwehr-Diktatur zu leisten begannen. Einerseits war dies der Autonome Schutzbund, aber es gab auch andere Schutzbundgruppen, eine davon nannte sich „Febristen“, andere wieder suchten Anschluss in den Gruppen „Rote Front“, „Funke“ und bei den Revolutionären Sozialisten. ... Ich erinnere mich noch an die äußerst lebhaft geführte Debatte über die Namensänderung der Partei, bis dann der Vorschlag, sie „Vereinigte Sozialistische Partei Österreichs“ zu nennen, zwar angenommen wurde, die endgültige Entscheidung aber einer Parteikonferenz vorbehalten werden sollte. Fritz Adler war aus Brüssel gekommen, Otto Bauer, Vertreter der Tschechischen, der Deutschböhmisches Sozialdemokratischen Partei, Abgesandte der Gewerkschaften und ein Vertreter der sozialdemokratischen Untergrundbewegung Deutschlands, „Neu Beginnen“, waren anwesend. ... Im Verlauf der Tagung wurde, um die Organisation zu festigen, neue Mitarbeiter zu gewinnen, ein



Polizeifoto von Bruno Kreisky.

Aufruf an die sozialdemokratischen Arbeiter beschlossen. In einem Flugblatt

„Die Partei ruft!“

hieß es vor allem: Wir sind die Erben der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs, und es wird die Arbeiterschaft aufgefordert, nicht nur passiven Widerstand zu leisten, sondern sich aktiv am Kampf gegen den Faschismus und Ständestaat zu beteiligen. ... Die Wiener Konferenz hat dichtgehalten, kein einziger Teilnehmer wurde verhaftet.

Brünn

Mit Spannung und Erwartung sehe ich der Reichskonferenz entgegen. War es die Aufgabe der Konferenz in Blansko, die Gruppen von Wien zu vereinigen, sollten in der Reichskonferenz die Gruppen der Revolutionären Sozialisten Österreichs für die Einheit der Partei gewonnen werden. Es galt aber auch, die Verbindung zwischen den Bundesländern und Wien zu vertiefen und Richtlinien für den Ausbau der Organisationen zu beschließen. Es war wichtig, dass wir die Möglichkeit hatten, in einem freien Land über die Probleme und Aufgaben der illegalen Bewegung ohne Störung zu diskutieren, Beschlüsse zu fassen sowie über die Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Lage der unter-

drückten Völker wahrheitsgetreue Informationen zu erhalten. Es war jedoch genauso wertvoll, dass wir mit den Kampfgefährten unseres ganzen Landes zusammenkommen konnten, in persönlichen Gesprächen Gelegenheit hatten, unsere Erfahrungen im ersten Jahr unserer illegalen Tätigkeit auszutauschen. Unvergesslich bleibt sicher jedem, der den Silvesterabend des Schicksalsjahres 1934 miterleben durfte. Die Februarniederlage hatte uns nicht mutlos machen können, ohne zu zögern hatte dieser Kreis - im Gedenken an die Opfer dieser Tage - den Weg in das Dunkel, in die Illegalität beschritten. So wurde das alte Jahr in der verschworenen Gemeinschaft gleichgesinnter verabschiedet. Das Jahr 1935 begrüßten wir mit Zuversicht. Mit unserem Händedruck - der bei solchen Anlässen getauscht wird - gaben wir das Versprechen alles zu tun, damit unsere Parole

„Wir kommen wieder!“

bald Wahrheit werde. ... Viele Stunden nahmen die Beratungen über die Richtlinien, nach denen die illegale Arbeit zu leisten sein wird, in Anspruch. Tiefe Stille herrschte im Saal, aufmerksam folgten die Delegierten des Vorsitzenden des Zentralkomitees der RS, Genossen Karl Hans Sailer, über das Aktionsprogramm, das eine Einleitung und sechs Punkte umfasste.

Hier enden Rudolfine Muhrs Erinnerungen. Was die Genossinnen und Genossen nicht wussten: Unter ihnen befand sich ein Spitzel. Schon bald nach der Rückkehr nach Österreich wurden fast alle TeilnehmerInnen verhaftet, nur ganz wenige entgingen der Verhaftung. Die Verhafteten waren nun 14 (!) Monate lang eingesperrt, bis im März 1936 in Wien der Schauprozess des austrofaschistischen Regimes gegen 28 SozialdemokratInnen bzw. Revolutionären Sozialisten und zwei Kommunisten begann. Unter den Angeklagten befanden sich etliche Personen, die in der Zweiten Republik wichtige politische Funktionen bekleideten. So Anton Proksch (1956–66 Sozialminister), Bruno Kreisky (1970–83 Bundeskanzler, zuvor Außenminister), Otto Probst (1963–66 Verkehrsminister) und Franz Jonas (1965–74 Bundespräsident, zuvor Wiener Bürgermeister). Den beiden Kommunisten Franz Honner und Friedl Fürtner gelang später die Flucht aus dem „Anhaltelager“ Wöllersdorf nach Moskau. Da der Prozess auch im Ausland großes Aufsehen erregte, fielen die Strafen am 24. März 1936 schließlich deutlich „milder“ aus, als erwartet. Die beiden Hauptangeklagten, Karl Hans Sailer und Maria Emhart, für die der Staatsanwalt die Todesstrafe beantragt hatte, wurden zu 20 bzw. 18 Monaten Haft verurteilt, Bruno Kreisky erhielt 12 Monate Kerker,

Franz Jonas wurde freigesprochen. Im Rahmen der Juli-Amnestie von 1936 wurden die Verurteilten, die allerdings bereits 18 Monate in Untersuchungshaft verbracht hatten, schließlich begnadigt.

Ein wesentlicher Punkt der Brünner Konferenz war die Konfrontation von „Neuen“ und „Alten“

und die Durchsetzung der neuen inhaltlichen und organisatorischen Ausrichtung (konspirativ statt Massenpartei, aber auch die Frage der Kurz- oder Langlebigkeit des Faschismus). Mit der Verhaftung der „alten“ Führung und der Übernahme des Vorsizes durch Joseph Buttinger 1935 sollten sich die „Neuen“ und ihre Politik durchset-

zen. Damit ist die Brünner Konferenz so etwas wie ein Wendepunkt in der Geschichte der RS (Erneuerung der illegalen Organisation) was nicht reibungslos abgelaufen ist. 1945 wählte die neugegründete Sozialistische Partei Österreichs den Zusatznamen „Sozialdemokraten und Revolutionäre Sozialisten“.

Gerald Netzl

Weiterschicken

Die SPÖ braucht wieder eine Arbeiter-Zeitung. Die Zeit, bis es wieder ein vergleichbares Magazin der SPÖ gibt, kann durch Weiterschicken der Zeitschrift „Der Kämpfer“ überbrückt werden.

In Wien-Simmering gibt es wieder eine Bezirksgruppe des Bundes Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen. Im Zuge der Diskussion über die zukünftigen Tätigkeiten herrschte Einvernehmen, dass neben dem wichtigen Erinnern an die Gräueltaten der Naziherrschaft und die Auseinandersetzung mit dem Austrofaschismus auch ein Ansprechen der aktuellen politischen Lage eine wichtige Aufgabe ist. Die Grundpositionen der sozialdemokratischen Bewegung sind sowohl in der SPÖ als auch nach außen zu vertreten und zu kommunizieren.

Wenn ich an Kommunikation denke, erinnere ich mich, dass es - als ich vor 40 Jahren der SPÖ beigetreten bin - eine Tageszeitung der SPÖ gab. Natürlich habe ich diese Zeitung gelesen und dies nicht nur wegen der Hägar-Comics. Leider ist die „Arbeiter-Zeitung“ eingestellt worden, sodass ein wichtiges Kommunikationsmittel verloren gegangen ist. Derzeit bekomme ich den „Sozialdemokratischen Kämpfer“ und den „Faktor“ von der Sozialistischen Jugend Wien.

Die Gretchen-Frage ist, ob ein „print-medium“ noch geeignet ist, als Kommunikationsmittel eingesetzt zu werden. Meine Antwort: JA! Dies, obwohl die Grundstimmung herrscht, dass Online-Auftritte und die Präsenz in den sozialen Medien maßgeblich seien.

Meine Argumente:

- .) Die Redaktionsteams, die die Online-Beiträge erstellen und die social-media Kanäle betreuen, sind sicher in der Lage, auch für eine gedruckte Zeitung einen Artikel zu erstellen. Die Zeitung soll eine Ergänzung zur digitalen Welt sein. Übrigens: Die stellvertretende Klubvorsitzende der SPÖ hat im Juni im Nationalrat den Antrag auf ein Recht auf analoges Leben gestellt.
- .) Bei Verteilaktionen kann den GesprächspartnerInnen ein Exemplar mitgegeben werden. Einige Exemplare werden in der Wohnung oder am Arbeitsplatz ankommen, und dann wird wohl in der Zeitung geblättert und gelesen.
- .) Eine Partei links der SPÖ musste seine Tageszeitung ebenfalls einstellen, hat es aber geschafft, zumindest ein Magazin, welches abonniert werden kann, aufzulegen. Dieses Magazin kann in Wien in neun Verkaufsstellen erworben werden. Dies hat mich auch zu diesem Artikel inspiriert. Ich wünsche mir wieder eine regelmäßig erscheinende „Arbeiter-Zeitung“, die sicher einen modernen Namen bekommen wird. Bis dahin haben wir die Möglichkeit, unsere Zeitschrift „Der Kämpfer“ weiterzuschicken. Die Zeitschrift wird dann von doppelt so vielen Menschen gelesen, als Mitglieder die Zeitung nach Hause erhalten.



Peter Pollak

Neues barrierefreies Gedenkportal

Auch unsere Partnerorganisationen in der ARGE der NS-Opferverbände, ÖVP-Kameradschaft und KZ-Verband, leisten wichtige Erinnerungsarbeit. Markus Kroihner, Landes- und Bundesobmann-Stellvertreter der ÖVP-Kameradschaft, informiert über ein neues multimediales Erinnerungsportal, in dem auch Mitglieder unserer Organisation vorgestellt werden:

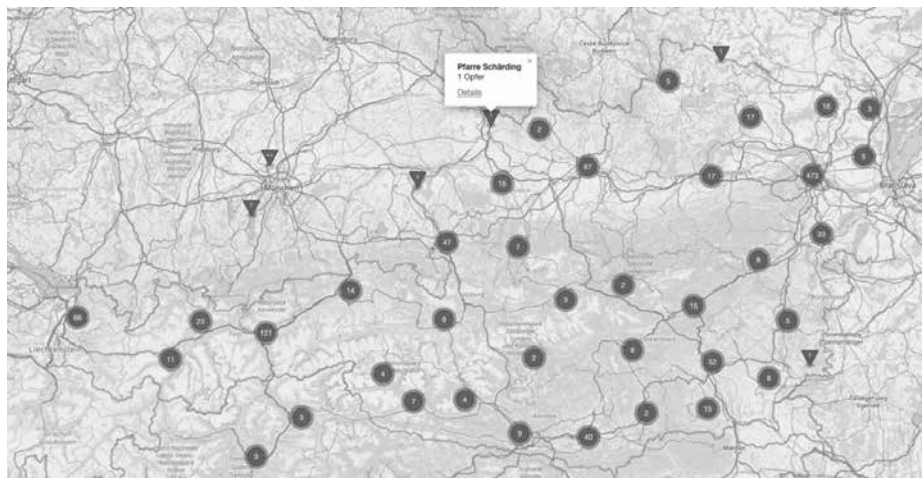
369 Wochen hörte Österreich auf zu existieren. Nach dem Einmarsch der Deutschen Wehrmacht in der Nacht vom 11. auf den 12. März 1938 wurden viele Österreicherinnen und Österreicher verfolgt oder betätigten sich aktiv im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die Verfolgung durch die neuen Machthaber konnte von der schlichten Entlassung am Arbeitsplatz bis zur Inhaftierung im Konzentrationslager oder der Ermordung gehen. Der Widerstand gegen dieses menschenverachtende System reichte von lose organisierten Gruppen bis zu Gruppen mit einem sehr hohen Organisationsgrad. www.gedenkort.at ist ein Portal, welches ein Zeichen der Erinnerung für die unzähligen Opfer und WiderstandskämpferInnen setzt.

Der Verein Modern Society hat in Kooperation mit der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten, den Dachverbänden des ÖCV, MKV, ÖKV, KÖL, PCC, sowie weiterer Organisationen ein digitales und multimediales Portal geschaffen, welches den vielen Opfern und WiderstandskämpferInnen zwischen 1938 und 1945 eine Erinnerung setzt. Ein weiterer Kooperationspartner ist das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands.

Ziel dieser Seite ist es, neue Wege in der Erinnerungskultur zu gehen und dies, zu einem Zeitpunkt, als die letzten ZeitzeugInnen nunmehr endgültig den Weg in ein schöneres und besseres Leben vorangehen. Es wurde versucht, die Inhalte des Portals sowie seiner Sub-Portale auf eine technische Basis zu heben, um technisch, funktional, aber auch inhaltlich Synergieeffekte zu realisieren. Zudem sollten die Inhalte durchgängig barrierefrei und damit für alle Zielgruppen zugänglich gemacht werden.

Ein Gedenkportal mit Sub-Portalen

Mit www.gedenkort.at wurde eine Portallösung entwickelt, die selbst eine Brücke von der Vergangenheit in die Zukunft schlägt. Zusätzlich gibt es Sub-Portale, wie beispielsweise www.niemalswieder.at oder www.antifaschismus.at, die ihren Schwerpunkt auf spezielle Zielgruppen,



Eine interaktive Karte unterstützt BesucherInnen bei der Navigation.

wie Couleurstudentinnen und Couleurstudenten oder Widerstandsgruppen, wie die Antifaschistische Freiheitsbewegung (AFÖ) legen. Momentan sind weitere Sub-Portale für die Mitglieder der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten, verfolgte Geistliche und die Österreichische Front/Österreichische Bewegung um Friedrich Theiß in Planung.

Interaktive multimediale Inhalte – Podcast- und YouTube Channel

Eine interaktive Karte dient als zentraler Einstiegsort und ermöglicht das Erkunden und Entdecken von Opfern und WiderstandskämpferInnen sowie ihrer Geschichten. Der Gedenkort.at Podcast bietet die Lebensgeschichten von Opfern und WiderstandskämpferInnen zum Anhören auf podcast.gedenkort.at. Dieser Podcast ist auch auf Spotify und YouTube Music abrufbar. Zusätzlich dokumentieren Videos auf Youtube die Geschichten der Opfer und WiderstandskämpferInnen mit prominenten Stimmen aus Wirtschaft, Wissenschaft, Gesellschaft und Politik. Der Channel findet sich unter www.youtube.com/@gedenkort-at.

Laufende Erweiterung – den vergessenen Namen und Gesicht geben

Das Portal, sowie seine Sub-Portale wird laufend um neue Kurzbiographien erweitert. Dabei wird versucht, lange vergessenen Opfern und WiderstandskämpferInnen wieder einen Namen und nach Möglichkeit mit Hilfe eines Fotos ein Gesicht zu geben. Dazu wird in den

unterschiedlichsten Archiven, dem Österreichischen Staatsarchiv, den Landesarchiven, den Diözesanarchiven, Privatarchiven, Universitätsarchiven, etc. recherchiert um Kurzbiographien zu erstellen.

Technische Konzeption und Umsetzung, die Expertise von Earlybird

Das Portal wurde mit TYPO3 12 auf dem aktuellen Stand von der bekannten Agentur Earlybird entwickelt. Besonderer Wert wurde dabei auf durchgängige Barrierefreiheit gelegt, um alle Zielgruppen zu erreichen. Mit einer interaktiven Karte und Verlinkungen von Personen, Orten und Organisationen ist das Portal ein nützliches Werkzeug zum Erlernen und Vermitteln historischer Zusammenhänge. Die Inhalte des Portals und seiner Sub-Portale werden zentral verwaltet und können gegebenenfalls auf allen drei Webseiten angezeigt werden. Dank zertifizierter ExpertInnen für Webdesign, Barrierefreiheit und TYPO3 konnte man dieses Projekt erfolgreich realisieren und ein sicheres, nachhaltiges Portal schaffen, das flexibel für zukünftige Erweiterungen bleibt.

Web-Tipp: www.gedenkort.at



Widerstandskämpferinnen

Auf dieses Thema aufmerksam wurde ich vor ca. einem $\frac{3}{4}$ Jahr. Ich sah einen Beitrag anlässlich des Todes von Käthe Sasso im Fernsehen. Sie erzählte über ihre Zeit als Kämpferin für Gerechtigkeit, ein Thema, das nicht die üblichen Helden des Krieges beschreibt, aber unbedingt angesprochen und tiefer beleuchtet werden muss. Es hat mich einerseits entsetzt, andererseits sehr berührt und hat mich nicht mehr losgelassen. Ich wollte unbedingt wissen, wer diese Frauen waren, von denen sie voller Ehrfurcht und Wehmut erzählt hatte. In dieser Doku beschreibt sie ihre Verhaftung, dass sie „vernadert“ worden war, im Verhör ein paar „ordentliche Watschn“ erhalten hatte. Wie furchtbar diese Zeit war, v.a. für die Frauen, die zum Tode verurteilt worden waren - das Schlimmste dabei: das Warten auf die Vollstreckung.

Im Zuge dieser Doku wurde sie im Landesgericht („Liesl“ - wie sie es nannte) gefilmt und als ich ihren Erzählungen lauschte und dabei ihren Gesichtsausdruck sah, liefen mir Tränen übers Gesicht. Und ich wusste, ich muss unbedingt mehr über diese Frauen erfahren. Frauen, die lt. Käthe ihr Brot, welches sie zu essen bekamen, den anderen Mithäftlingen überließen, weil sie am Tag darauf getötet werden würden, mit den Worten „ihr braucht es mehr“. Käthes Worte waren so berührend und voller Schuldgefühle „wir haben das Brot dann gegessen, weil wir solchen Hunger hatten, aber Sie können sich nicht vorstellen, wie bitter dieses Brot geschmeckt hat“.

Seit geraumer Zeit sehe ich mir eine Vielzahl an Dokus an. Vieles kannte ich bereits, aber vieles war und ist neu und - wie immer - war ich schockiert, fassungslos, zutiefst angewidert - ich kann es gar nicht wirklich beschreiben.

Aufgrund der Doku über Käthe Sasso hat mich das Schicksal der Frauen im Wiener Landesgericht I sehr beschäftigt und dass dieser Einsatz von Österreich beschämenderweise nicht gewürdigt wurde, v.a. die Gräber nicht entsprechend gepflegt wurden. Also habe ich Kontakt zu Gerald Netzl aufgenommen, um zu erfahren, wo genau diese Frauen, die ermordet wurden, begraben sind. Er hat mir das Buch „Mich könnt ihr löschen, aber nicht das Feuer“ über die Gruppe 40 geborgt und gebeten ein Referat für unsere Bezirksgruppe zu halten bzw. diesen Artikel zu schreiben. In diesem Buch habe ich 50 Frauen gezählt, die ermordet wurden, 46 davon bestattet in der Gruppe 40 am Zentralfriedhof und vier außerhalb.

Widerstand haben Frauen und Männer geleistet und jede/r einzelne hat meine höchste Achtung, aber ich habe mich auf Frauen konzentriert, da deren Widerstand kaum erwähnt wurde und wird.

Im Landesgericht I befand sich die Richtstätte für die Vollstreckungsbehörden von Wien, Graz, Linz und für den Landgerichtsbezirk Brunn. Todesurteile wurden durch die Guillotine - Steigerung der Quantität an Hinrichtungen - oder durch Benzininjektion durchgeführt. Es wurden Menschen aller Altersklassen getötet - von nicht einmal 19 bis 75 Jahre.

Folgende Vergehen wurden den Insassen angelastet:

- .) Identifikation mit dem Bolschewismus
- .) Verbreitung von Flugschriften (das wurde als besonders gefährliche Tätigkeit bezeichnet, der Inhalt solcher Blätter wurde als „wehrkraftzersetzend“ angesehen), Beispiel: „Der Soldatenrat“, „Die rote Fahne“, „Weg und Ziel“
- .) Verschicken von Briefen an die Wehrmacht bzw. Feldpostanschrift
- .) Begünstigung von „Reichsfeinden“
- .) Beherbergung von Gegenständen die in Zusammenhang mit kommunistischen Tätigkeiten standen



Gerald Netzl

Grabstein der Liesinger Arbeiterin Therese Klostermann in der Gruppe 40.

- .) Wiederaufbau der KPÖ
- .) aus dem Gefängnis Ausgebrochenen Unterschlupf gewähren
- .) Spenden sammeln für Angehörige von verhafteten Marxisten

Da viele Frauen verheiratet waren, Kinder hatten und meist mit ihren Ehemännern verhaftet wurden, war eine Kinderschwester mit, die die Kinder in ihre Obhut nahm und in weiterer Folge in die Kinderübernahmestelle in der Lustkandlgasse zur weiteren Pflege brachte. Bei wie vielen Kindern hat diese Vorgehensweise ein Trauma verursacht, wenn sie auf derart grobe Art und Weise ihren Eltern entrissen worden sind?

Man darf diese Verbrechen niemals vergessen, man muss unaufhörlich daran erinnern.

Erinnerung wird in diesem Buch so beschrieben:

„Das Erinnern an hervorragende Menschen bedarf des Willens der jeweiligen Gesellschaft. Gerade solche Menschen, deren Handlungen mit dem Streben nach einer gerechten, menschlichen Gesellschaftsordnung verbunden waren. Sie sollen und dürfen nicht vergessen werden, v.a. dass sie für dieses Handeln mit dem Leben bezahlen mussten.“

Die Österreichischen Freiheitsbataillone

Eines der frühesten Dokumente, denen die Zweite Republik ihr Bestehen verdankt, ist die Moskauer Deklaration von 1943, welche unter anderem besagt, dass Österreich(er) selbst einen aktiven Beitrag zur Befreiung ihrer Heimat zu leisten haben. Ergebnis dessen waren die aus Österreichern bestehenden Freiwilligenverbände in Jugoslawien und Frankreich aufseiten der dortigen Partisanen. Individuell traten in die britische Armee rund 2.000 Österreicher ein; ebenso viele kämpften auch in der sowjetischen Armee. Weiters fanden sich Österreicher in den (Exil-)Streitkräften der USA, Kanadas, Australiens, Polens und Belgiens. Rechnet man auch die im alliierten Dienst operierenden Widerstandskämpfer in Österreich mit ein, so kommt man auf rund 42.000 Männer und Frauen, die mit der Waffe in der Hand für Österreichs Freiheit kämpften.

Vorbereitungen und Gründung des I. Österreichischen Freiheitsbataillons

Unmittelbar nach der Moskauer Deklaration, also noch Ende 1943, gelang es dem ZK der KPÖ in Moskau Kontakte zu den jugoslawischen Partisanen aufzubauen zwecks Formierung österreichischer Abteilungen. Konkrete Pläne konnten im Frühjahr 1944 erarbeitet werden, als eine Militärdelegation der jugoslawischen Partisanen für Verhandlungen nach Moskau kam. Mitglieder des ZK der KPÖ besprachen mit dieser Delegation die Möglichkeiten zur Aufstellung einer österreichischen Kampftruppe innerhalb der jugoslawischen Volksbefreiungsarmee (NOVJ) möglichst nahe zur österreichischen Grenze. Im Sommer 1944 sprang Franz Honner, ZK-Mitglied und späterer Innenminister der provisorischen Regierung Renner, als Quartiermacher mit dem Fallschirm über Slowenien ab. Honner hatte sich bereits im Spanischen Bürgerkrieg als Or-

ganisator des österreichischen „12. Februar-Bataillons“ bewährt. Anfang Oktober folgten ihm 20 weitere Österreicher aus Moskau, die teilweise schon im Republikanischen Schutzbund oder im Spanischen Bürgerkrieg militärische Erfahrungen gesammelt hatten, mit dabei auch eine Frau, Gusti Hölzl, die als Funkerin ausgebildet war. Die Anwerbung von Freiwilligen erfolgte auf zwei Ebenen: Erstens unter jenen Österreichern, die bereits zu den jugoslawischen Partisanen übergelaufen waren und in verschiedenen Einheiten kämpften. Zweitens unter österreichischen Kriegsgefangenen aus den Reihen der Wehrmacht, diese stellten dann auch das Gros der Kämpfer. Sie trugen die Uniformen der Jugoslawischen Volksarmee mit dem österreichischen Wappen am linken Oberarm und legten einen Treueeid ab, der wenige Wochen zuvor im Moskauer Exil von Ernst Fischer entworfen worden war und mit den Worten „Tod dem Faschismus! Freiheit dem Volke!“ schloss.

Nach Vorbild der Sowjetarmee wurden Politkommissare eingesetzt, die für die politische Schulung der Kämpfer zuständig waren. Dabei wurde nicht nur ein unabhängiges, demokratisches Österreich propagiert, sondern auch versucht, die Freiwilligen kommunistisch zu indoktrinieren, denn nur ein kleiner Teil ihrer Angehörigen waren Mitglieder der KPÖ. Schon Anfang Jänner 1945 ging das rund 95 Mann starke Freiheitsbataillon in die Kampfbereitschaft über. Seine Feuertaufe erlebte es am 16. Jänner 1945 bei Žužemberk. Es folgten Gefechte am 21. Jänner, am 28. Februar und schließlich am 12. April 1945. Auch wenn die Bereitschaft beim absehbaren Kriegsende seinen Kopf zu riskieren sank, waren doch Gefallene zu beklagen: Alfred Kinkela, Anton Jogl, Karl Kirkenweiz, Leo Eder, Bruno Petru, Johann Winkler, Willi Högl, Willi Frank und Politkommissar Roman Füchsel. Das Bataillon

marschierte am 29. April Richtung Podgrad ab, um über Ljubljana am 7. Juni nach Wien zu gelangen.

Das II., III., IV. und V. Österreichische Freiheitsbataillon

Aufgrund des großen Zulaufes von Österreichern zu den jugoslawischen Partisanen - für viele war die Nachricht über eine österreichische Freiwilligeneinheit ausschlaggebend - wurden noch vier weitere Bataillone gegründet, die allerdings nicht mehr eingesetzt wurden. Das II. Österreichische Freiheitsbataillon wurde im April 1945 im Raum Belgrad gegründet. Schon nach kurzer Zeit erhielt es den Befehl, als erstes nach Österreich heimzukehren, wo es am 12. Mai 1945 über die Wiener Ringstraße paradierte. In Wien wurden die Angehörigen der Freiheitsbataillone begeistert empfangen. Bei einer Kundgebung am 15. Mai im Burghof der Hofburg wurde das II. Bataillon von Bürgermeister Theodor Körner und Regierungsmitgliedern begrüßt. Angesichts der desolaten Sicherheitsverhältnisse in Wien wurden die Österreichischen Bataillone in den polizeilichen Hilfsdienst eingegliedert. Wer wollte, durfte abrüsten. Aus den ehemaligen Reihen der Revolutionären Sozialisten gehörte Erwin Scharf den slowenischen PartisanInnen an. Er war von 1945 bis 1948 SPÖ-Zentralsekretär, wurde 1948 aus der SPÖ ausgeschlossen, gründete dann die Links-Sozialisten und schloss sich mit ihnen der KPÖ an.



Franz Honner in der Uniform der Österreichischen Freiheitsbataillone.

Gerald Netzl ■



Widerstand und Verfolgung in Rudolfsheim-Fünfhaus

Die Idee, den Widerstand gegen und die Verfolgung durch das faschistische Regime der Jahre 1938-1945 für den eigenen Bezirk näher zu beleuchten, führte 2021 zu heftigen Debatten in Bezirksvertretungssitzungen von Rudolfsheim-Fünfhaus. Dabei stand aber nicht der Inhalt einer solchen Publikation, sondern vielmehr die Form, wie eine solche gestaltet werden sollte, im Mittelpunkt. Schließlich wurde der Gedanke der Kulturkommission zur Beratung zugewiesen und letzten Endes der Museumsverein des 15. Bezirks mit der Umsetzung des Vorhabens beauftragt. Es folgten intensive und detaillierte Diskussionen mit dem DÖW. Das Ergebnis war, dass der DÖW-Historiker Manfred Mugrauer eine Anfrage für eine entsprechende Forschungsarbeit erhielt. Am 19. November wurde das Werk der Öffentlichkeit präsentiert.

Erinnert wird darin an die zahlreichen Menschen, die sich dem Nationalsozialismus mit Mut entgegengesetzt haben. Es gab keine einheitliche Bewegung, sondern verschiedenste widerständige Handlungen gegen das faschistische Regime. Im Jargon der Zeit wurde dies als „Heimtücke“, „Wehrkraftzersetzung“, „asoziales Verhalten“ oder „verbotener Umgang“ bezeichnet. Heute noch immer gültig, wenngleich bereits mit dem Ansatz gesellschaftlicher Akzeptanz versehen, zählten auch Homosexualität und Desertion dazu. Diese Handlungen in ihrer Gesamtheit sind Teil der jeweiligen Persönlichkeit, aber auch individuelles Aufbegehren gegen ein



FK 15

V. l. n. r. BV Dietmar Baurecht, Andre Blau, Manfred Mugrauer, Isabel Frey, Alfred Mansfeld und Peter Illavsky

Regime der Unterdrückung.

„Nie wieder!“ ist heute mehr als nur ein Schlagwort. Es ist vielmehr ein Gebot, das leider traurige Aktualität erlangt hat. Eine nicht zu unterschätzende Gefahr geht vom Fundamentalismus, Fanatismus und Extremismus aus. Der enorme Zulauf zu Rechtsparteien, Antidemokraten und Demagogen rund um den Globus bereitet allen freiheitsliebenden Menschen große Sorgen.
Dietmar Baurecht, Alfred Mansfeld ■

Konzentrationslager Gusen

Am 5. November fand im neuen Informationszentrum der KZ-Gedenkstätte Gusen die Präsentation des Buches Konzentrationslager Gusen 1939–1945 - Eine Dokumentation statt. Die Veranstaltung zog knapp 100 BesucherInnen an, darunter viele BewohnerInnen von Gusen, Langenstein und St. Georgen.

Das großformatige, reich bebilderte Buch erinnert an einen Ausstellungskatalog. Herausgegeben von vier MitarbeiterInnen der KZ-Gedenkstätte Mauthausen, bietet es eine umfangreiche Quellenedition, die erstmals die Geschichte der drei Lager Gusen in dieser Tiefe dokumentiert. Gusen war von 1939 bis 1945 ein Ort des Terrorregimes der Nationalsozialisten und bald das größte Konzentrationslager auf österreichischem Boden, das jedoch lange Zeit im Schatten des „Stammlagers“ stand und sowohl in der öffentlichen Erinnerung weitgehend unsichtbar war. Erst Anfang der 2000er-Jahre, mit der Ausstellung „Konzentrationslager Gusen 1939–1945. Spuren – Fragmente – Rekonstruktionen“, wurde das Lager erstmals in seiner historischen Bedeutung breiter thematisiert.

Insbesondere von 1940-1942 kam dem KZ Gusen innerhalb des Mauthausen-Lagersystems die Rolle eines Vernichtungsortes zu. Überlebende bezeichneten es als „Die Hölle aller Höllen.“ War es in diesen Jahren die Arbeit in den Granitsteinbrüchen, so waren es ab Jahresbeginn 1944 die in den Berg getriebenen Stollen (8 km Länge, 50.000m² Nutzfläche, Deckname „Bergkristall“), die die Todeszahlen in die Höhe trieb. Der höchste Häftlingsbestand wurde am 28.2.1945 mit 26.000 Menschen verzeichnet, am 5. Mai 1945 wurden 21.000 Menschen von der US Army befreit. Von insgesamt 72.000 Häftlingen waren die meisten Polen (24.000), sowjetische Zivilgefangene und Kriegsgefangene (14.000 bzw. 4.200) sowie aus dem Deutschen Reich (5.600, drei Viertel aus dem „Altreich“, ein Viertel Österreicher). Von 4.700 (republikanischen) Spaniern wurden mehr als 4.000 getötet. In Summe wurde etwa die Hälfte aller Häftlinge getötet! Diese schrecklichen Zahlen belegen eindrücklich, warum die Gedenkstätte Gusen gerade für die Republik Polen und die spanischen AntifaschistInnen so einen hohen Stellenwert hat.

Nach der Befreiung wurden die Steinbrüche als USIA-Betriebe weitergeführt (sowj. Eigentum, Anm.), der Großteil der ehemaligen Lagerflächen parzelliert, als Baugrund verkauft und bebaut. Als einziges erkennbares Relikt war der ehemalige Krematoriumsofen erhalten geblieben, der für Überlebende und Angehörige zur inoffiziellen Gedenkstätte gemacht wurde. Inzwischen wurde mit Anrainern, WissenschaftlerInnen und Opferverbänden ein Masterplan zur Erweiterung der Gedenkstätte erstellt. Das sehr wertvolle Buch stellt den Letztstand der Forschung dar und korrigiert manche bisher in der Öffentlichkeit präsenzierte Zahlen. Eine unbedingte Leseempfehlung!

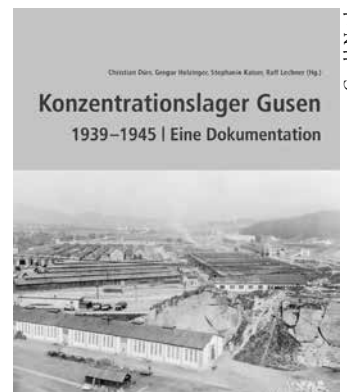
Gerald Netzl ■

Christian Dürr, Gregor Holzinger, Stephanie Kaiser, Ralf Lechner: Konzentrationslager Gusen 1939-1945. Eine Dokumentation, new academic press, Wien 2024, ISBN: 978-3-7003-2325-9, 280 Seiten, € 32,50



Gerald Netzl

Die Gedenkstätte Gusen wird ausgebaut.



Gerald Netzl



Schwarzer und grüner Winkel

„Freiheit besteht im Fehlen vom Zwang, Böses zu tun“, so hielt Tolstoi es 1851 in seinem Tagebuch lapidar fest. Das Wort Böse enthält eine normativ moralische Wertung, die Tolstoi in dem Sinne vermutlich nicht beabsichtigte. Ihm ging es viel mehr um eine Beschreibung einer Gesellschaft, in der gesetzwidriges und unangepasstes Verhalten, Delinquenz und Devianz sich als Akte der Notwehr äußern.

Denjenigen Menschen, die im Ringen um ein erträgliches, den Lebensunterhalt sicherndes Auskommen im Nationalsozialismus straffällig wurden und in Folge in Konzentrationslager verschleppt und ermordet wurden, widmet Frank Nonnenmacher den vorliegenden Band. Er versammelt, neben Beiträgen zur historischen Kontextualisierung, zwanzig Schicksale von Menschen, die im NS-Staat als „Asoziale“ bzw. „Berufsverbrecher“ verfolgt und mehrheitlich ermordet wurden. Besonders ist dabei, dass die Nachkommen der Verfolgten die Geschichten ihrer Familienmitglieder selbst und in eigenen Worten schildern. So wird den LeserInnen nicht nur begreifbar, wie schwer und kompliziert sich die Recherche zu den verfolgten Familienangehörigen häufig gestaltete, sondern auch, wie wirksam und mächtig die Mechanismen der Stigmatisierung bis heute sind. Die Lektüre gerät daher doppelt berührend: Einmal durch die Schilderung der grausamen Schicksale und dann durch die Feststellung, dass die fehlende Anerkennung der Opfer die Erfahrung der Nachfahren bis heute fragmentiert und teils sogar in offene Brüche in den heutigen Familien führt.

Was in Deutschland im Februar 2020 geschah beschloss der Nationalrat erst im Juni 2024, nämlich die Anerkennung der von den Nationalsozialisten als „Asoziale und Berufsverbrecher Verfolgten“ als Opfergruppe. Die vorgestellten Schicksale zeigen, wie tief die Scham und Angst vor Diskriminierung bei den Betroffenen saß, wie sie sie zum Schweigen brachte und damit um zumindest finanzielle Entschädigung für das erlittene Unrecht. Österreich wie Deutschland ersparen sich allfällige Entschädigungsleistungen, weil schlichtweg kaum noch jemand mit Anspruch auf Entschädigung am Leben ist.

Wie im Buch einleitend herausgestellt wird, hat allerdings nicht nur die politische Ebene der BRD die als „asozial“ und „Berufsverbrecher“ Verfolgten viel zu lange nicht anerkannt. VVN-Repräsentanten in den Wiedergutmachungs- und Entnazifizierungsausschüssen nach dem Krieg haben diese Opfergruppen nicht als Verfolgte anerkannt und sie nicht bei ihrem Kampf um Anerkennung und Wiedergutmachung unterstützt (das galt auch für die NS-Opferverbände in Österreich, Anm.). An der nach Kriegsende, bis heute weiterexistierenden Diskriminierung und Stigmatisierung der dieser Gruppe zugehörigen Verfolgten war man damit aktiv beteiligt. Eine Entschuldigung für dieses Verhalten steht bis heute aus.

Was für antifaschistische Menschen eigentlich selbstverständlich sein sollte, die Feststellung „niemand wurde zurecht in einem Konzentrationslager inhaftiert, gequält oder ermordet“ nämlich, war es bis 79 bzw. 75 Jahre nach der Niederlage des Nationalsozialismus nicht - und in Teilen der Gesellschaft ist diese Erkenntnis bis heute nicht verankert. Das äußert sich ganz alltäglich in der häufigen Verwendung des Wortes „asozial“ als Schimpfwort und erfährt seine Zuspitzung in der Forderung der AfD, den „Asozialen“ und „Berufsverbrechern“ „nicht eine Art Generalamnestie“ zu gewähren. Kein Mensch wurde zurecht ins KZ verschleppt, denn sie alle wurden ohne richterliche Anordnung, ohne die Möglichkeit zur Anfechtung, ohne das Vorliegen konkreter Straftaten, ohne zeitliche Befristung willkürlich ihrer fundamentalen Menschenrechte beraubt. Das System hinter diesem von Nonnenmacher zurecht als „typisch nationalsozialistisches“ bezeichneten Unrecht wird von Julia Hörath in einem dem biographischen Teil vorangestellten Betrag eindrucksvoll und akribisch erläutert. Sie stellt fest, „dass es sich gar nicht um ein spezifisch nationalsozialistisches Denken handelte“, sondern die Wurzeln der nationalsozialistischen Verfolgung von Menschen als „asoziale“ oder „Berufsverbrecher“ zurückreichen bis in die Zeit der Weimarer Republik und des Kaiserreiches. Das ist die Grundlage der Erkenntnis, dass die Verachtung von sich delinquent



Frank Nonnenmacher (Hg.)

DIE NAZIS NANNTEN SIE »ASOZIALE« UND »BERUFSVERBRECHER«

Verfolgungsgeschichten im Nationalsozialismus
und in der Bundesrepublik

campus

oder deviant verhaltenden Menschen sich im Nationalsozialismus radikalisierte und im Bestreben des Erschaffens eines „gesunden Volkskörpers“ zur Vernichtungspolitik führte. Gleichzeitig bietet sie Erklärungsansätze für die Scham und Angst der Betroffenen vor erneuter Diskriminierung. Die Alliierten hatten zwar die Deutschen besiegt, aber eben nicht die ideologischen Komponenten, mit denen ihre Verfolgung begründet worden war. Eben weil diese ideologischen Komponenten nicht spezifisch nationalsozialistisch waren, sondern Teil der staatlichen „autoritär-repressiven Wohlfahrts- und Strafrechtspflege“ und dem modernen Standard entsprechen, hielten sie sich auch im post-nationalsozialistischen Deutschland und Österreich - bis heute.

Kristin Caspary, Erstveröffentlichung antifa Mai/Juni 2024 ■

Frank Nonnenmacher (Hg.): Die Nazis nannten sie „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“, Campus, Frankfurt / New York, 2024, ISBN 9783593518381, 372 Seiten, € 29,00



Die Konstruktion von Kriminellen

Andreas Kranebitter, wissenschaftlicher Leiter des DÖW, beschäftigt sich seit mehr als 20 Jahren mit jenen Mauthausen-Häftlingen, die den grünen Winkel tragen mussten und - von den Nazis - als „Berufsverbrecher“ stigmatisiert und kategorisiert wurden. „Grüne“ waren die ersten Internierten im KZ Mauthausen (kamen sie doch zum Lageraufbau aus Dachau) und waren die Letzten, derer man sich erinnert. Mit unterschiedlichen geschichts- und sozialwissenschaftlichen Methoden und Konzepten geht Kranebitter den Biografien von 885 Österreichern, die als „Berufsverbrecher“ in Mauthausen interniert waren, nach.

Victor Klemperer stellte in seiner Analyse „Lingua Tertii Imperii: Sprache des Dritten Reiches“ fest, dass Einzelworte, Redewendungen, Satzformen („asoziale“, „Berufsverbrecher“...) durch ihre millionenfachen Wiederholungen mechanisch und unbewusst übernommen wurden. Zum Teil sind diese noch

immer in Verwendung. Die Männer mit dem grünen Winkel waren nicht von regulären Gerichten zu KZ-Haft verurteilt worden, sondern wurden ausschließlich wegen ihrer Vorstrafen oder nach verbüßter Strafhafte (!) von der Kriminalpolizei, ohne ein neuerliches Delikt begangen zu haben, noch einmal in „Vorbeugungshaft“ genommen, als „Berufsverbrecher“ etikettiert und in KZ deportiert oder sie wurden 1942 als sog. „Sicherungsverwahrte“ aus Justizanstalten der SS übergeben. In zehn Kapiteln bearbeitet der Autor Themen wie „Abweichendes Verhalten in abweichenden Zeiten“, „Renitenz als Resistenz“, „Flucht ins Zuchthaus“ oder „Die zweite Stigmatisierung“ in großer Ausführlichkeit.

Von den etwa 190.000 Mauthausen-Häftlingen mussten 4.234 den grünen Winkel tragen, 1.572 von ihnen wurden getötet. 885 „BVer“ und 311 „SVer“ der 4.234 stammten aus Österreich, insgesamt waren 3.751 Österreicher im KZ Mauthausen und seinen

Außenlagern (1.110 als politische „Schutzhäftlinge“). Mauthausen war bekanntlich das einzige KZ der Lagerstufe III, das bedeutete „Vernichtung durch Arbeit“.

Die weitaus meisten Verurteilungen der Männer mit dem grünen Winkel gingen auf kleine Eigentumsdelikte zurück, nicht auf Gewalt- oder Sittlichkeitsdelikte, sog. „schwere Jungs“ waren die Ausnahme. Oft mussten Männer mit dem grünen Winkel eine Funktion als „Kapo“ übernehmen. Die meisten „Kapos“ wurden durch Position und Situation korrumpiert, waren in einer unfreiwilligen Nähe zur SS. Das sollte noch lange in der Nachkriegszeit nachwirken, für eine schlechte Nachrede sorgen und erst späte Anerkennung als Opfergruppe bewirken. Andreas Kranebitter ist zuzustimmen wenn er festhält „Niemand war zurecht in einem KZ.“

Gerald Netzl ■



Andreas Kranebitter: Die Konstruktion von Kriminellen. Die Inhaftierung von „Berufsverbrechern“ im KZ Mauthausen, new academic press, Wien 2024, ISBN 978-3-7003-2213-9, 448 Seiten, € 29,90

Austrofaschismus

Das Buch betrachtet den Austrofaschismus aus einer identitäts- und kulturgeschichtlichen Perspektive. Dabei beschäftigt es sich mit der dahinterstehenden Ideologie, die zur Konstruktion einer spezifischen österreichischen Identität diene, und analysiert die Versuche, die Ideologie auch in den Köpfen der Bevölkerung zu verankern. Zugleich thematisiert das Buch aber auch die Widersprüche des politischen Systems und sein partielles Scheitern. Damit wird ein neuer Blick auf einen vieldiskutierten Abschnitt österreichischer Geschichte geworfen.

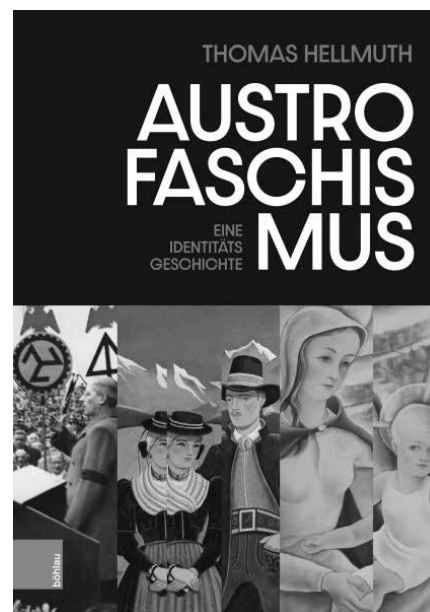
Dem Autor ist zugute zu halten, dass er dem Austrofaschismus ablehnend gegenübersteht. Das Krukenkreuz war seit dem 9. Jahrhundert in Verwendung, der einköpfige Bundesadler der Republik wurde durch den Doppeladler ersetzt - beides drückte den Antimodernismus der Austrofaschisten aus. Die katholische Religion und die „gott-

gewollte“ mittelalterliche Ständeordnung waren Identitätsbausteine des Austrofaschismus. Die Aufklärung galt den Austrofaschisten als Teufel. Hingegen glorifizierte man den Ersten Weltkrieg und die Idee eines „Heldentodes“. Außerdem verstand man sich als das „wahre, bessere“ Deutschland ggü. den Nationalsozialisten im Deutschen Reich. Kritisch hält er im Buch fest, dass die Zweite Republik einige ideologische Versatzstücke aus der Zeit vor 1938 übernommen hat: Besonders den Habsburger-Mythos („Sissi“-Filme) und den (wenn gleich nicht mehr massiv die Politik dominierenden) Katholizismus. Sie dienten nun der bürgerlich-liberalen Demokratie im österreichischen Prozess der Nationsbildung. Grundsätzlich ist das Buch interessant. Leider gab es kein oder ein nur mangelhaftes Lektorat. Die Tippfehler sind zumeist verzeihlich, eher nicht auf S. 114, wo der Juli-Putsch (Dollfuß-Attentat)

1933 stattfand (statt 1934), und auf S. 132, wo die Proklamation der österreichischen Unabhängigkeit

1949 erfolgte (korrekt ist 1945).

Gerald Netzl ■



Thomas Hellmuth: Austrofaschismus. Eine Identitätsgeschichte, Böhlau, Wien 2024, ISBN: 978-3-205-22044-2, 224 Seiten, € 36,-

Schlammberg ist überall

So kann man nicht leben! Unter diesem Titel erschien vor einigen Monaten im Grazer Clio-Verlag ein belletristisches Werk des bekannten Politikers, Journalisten und Schriftstellers Ernst Fischer (1899-1972).

Tatsächlich sind wesentliche Teile des Romans wiederaufgetaucht, ein Konvolut von 32 getippten und 155 handschriftlichen Blättern. Daraus montierte Herausgeber Jürgen Egyptien ein gut lesbares, spannendes „Romanfragment“, das tiefe Einblicke in die Lebenswelten der Zwischenkriegszeit gewährt.

Und worum geht's in diesem „Schlüssel- und Stationenroman“? Vitus Schuster, Alter Ego des Autors, setzt seinem konservativen Vater Franz ein neues, „modernes“ Lebensmodell entgegen: Genuss statt Pflicht. Der gibt Kontra: Der hedonistische, unernste Lebensentwurf der jungen Generation führe ins Verderben, den einzelnen ebenso wie die gesamte Gesellschaft. Und er warnt Vitus mit jenen Worten, die zum Romantitel werden: So wie Sohnmann sich das vorstellt, so kann man nicht leben!

Fischers Roman ist eine expressionistische, atemlose vorwärtsdrängende Aufzählung, das pralle Leben zieht vorüber in einer rasanten Aneinanderreihung von Bällen, Partys, Dialogen - und vor allem Paarungsszenen. Sex and Crime in Schlammberg, überschreibt Jürgen Egyptien seine Nachbetrachtung zu diesem Reigen. Schnitzlers gleichnamiges Stück erregte und inspirierte zugleich, war Teil der empörungsauffälligen Atmosphäre des politischen Katholizismus. Fischer bemüht gerne die Heilige Schrift - das gehört eben zum guten Ton progressiver Literatur. Das Hohe Lied des Salomon dient als Grundierung der geschlechtlichen Paarung, Erotik

und Sexualität werden zum sakralen Hochamt. Die Individuen verschmelzen, „die Züge der Frau verschwimmen, ihre Worte zerbröckeln, alles Persönliche ist erloschen.“ Die Ich-Überschreitungen im Erotischen korrespondieren freilich mit der Entgrenzung des Individuums zum politischen Kollektiv. Mit scharfen Strichen skizziert Fischer die geradezu erotisch-emotional aufgeladene Polit-szene der steirischen Provinz. Fischers Figuren sind leicht zu identifizieren, allen voran Jakob Ahrer und Leopold Meidner, im wirklichen Leben der präfaschistische Landeshauptmann Anton Rintelen und sein sozialdemokratisches Gegenüber Reinhard Machold.

So kann man nicht leben! ist ein Frühwerk. Die Sozialisation des Autors vom linken Sozialdemokraten, dann Kommunisten, unbeirrbar Stalinisten, Anti-Titoisten - und, nach Niederschlagung des Prager Aufstandes 1968 durch sowjetischen „Panzerkommunismus“, zum geläuterten „unabhängigen Marxisten“ hat eben erst begonnen.

Als Angelpunkt dieser Reise durch die Befindlichkeiten dient keine mondäne Großstadt. Es ist Graz, dem der Autor den wenig schmeichelhaften Namen Schlammberg verpasst. In den Brüchen zwischen Moderne und geistiger Rückständigkeit, zwischen Autoritarismus und Demokratie, zeigt sich deutlich, dass man den Begriff Provinz - sie sei Mord an der Seele, klagt der Dichter Bruno Kleindienst im Roman - von plumpen Zuordnungen wie Land, Stadt oder Metropole entideologisieren sollte. Schlammberg ist überall!

Werner Anzenberger ■

Ernst Fischer
So kann man nicht leben



CLIO GRAZ

Ernst Fischer: So kann man nicht leben! Hg. Jürgen Egyptien, Clio, Graz 2024, ISBN 978-3-9034425-15-6, 246 Seiten, € 25,00

Flucht und Exil von Karl Heinz

Karl Heinz war Obmann der Sozialistischen Arbeiterjugend (1921-1930) und sogar Vorsitzender der Sozialistischen Jugendinternationale (1926-1931). Ab 1919 war er Sekretär der Arbeiterräte bei Friedrich Adler, danach ab 1923 war er als Sekretär des Republikanischen Schutzbundes die „rechte Hand“ von Julius Deutsch.

Der Autor Bernhard Kuschey beschreibt in seinem Buch die Flucht- und Exilbiographie der Familie Heinz, die wesentlich auf den Korrespondenzen des „Exilarchivs Ella und Karl Heinz“ fußt, und die die Besonderheit aufweisen, dass durch die Analyse dieser umfangreichen Korrespondenzen eine Darstellung der sozialdemokratischen Netzwerke in den Exilstationen von 1934-1945 möglich wurde. Über diese zeitgenössischen Quellen konnte eine anschauliche Beschreibung der Nöte, Härten und auch Hoffnungen von Flucht und Exil gelingen, wobei nachvollziehbar wird, welche große Bedeutung die internationalen sozialdemokratischen Beziehungen für das Gelingen der Fluchtbewegungen und das Überleben im Exil hatte.

Um der Verhaftung zu entgehen, floh Heinz schon vor dem 12. Februar 1934 in die Tschechoslowakei wo er nach Ende der Februarkämpfe enger Mitarbeiter Otto Bauers im Alös (Auslandsbüro der österreichischen Sozialdemokraten) wurde. 1938-1941 musste / konnte er in Schweden verbringen, knapp vor dem Überfall auf die Sowjetunion gelang die Weiterflucht mittels Transsib und Schiff über den Pazifik in die USA, wo Heinz

bis zu seinem Tod 1965 schließlich verblieb. Das Buch fokussiert zwar auf Karl Heinz, aber natürlich werden auch viele andere Genossinnen und Genossen erwähnt. Spannend ist die Darstellung der politischen und menschlichen Beziehungen zwischen Exil-Partei und illegaler Bewegung in Österreich („Den GenossInnen in Österreich war die illegale Arbeiter-Zeitung zu wenig radikal.“ „Die exilierten österreichischen Sozialisten gaben IMMER den politischen Entscheidungen der Genossen im Land den Vorzug.“) oder wie es Friedrich Adler gelang, Teile des Parteivermögens dem Zugriff der Austrofaschisten, und später der Nazis, zu entziehen.

Am Ende dieser Studie diskutiert Kuschey die Verhinderung der Remigration österreichischer SozialistInnen (hier vor allem jüdischer GenossInnen!), was zur Wandlung der ExilantInnen zu StaatsbürgerInnen in den ehemaligen Exilländern und zum endgültigen Verlust von kulturellem Potential in Österreich führte. Das Buch ist interessant und wertvoll und eine gelungene Fortführung der VGA-Dokumentation 1-4/2021.

Gerald Netzl ■

Bernhard Kuschey: Flucht, Exil und Rückkehr österreichischer SozialistInnen. Anhand der Korrespondenzen von Ella und Karl Heinz. Löcker Verlag, Wien 2023, ISBN 978-3-99098-160-3, 340 Seiten, € 29,80



LÖCKER



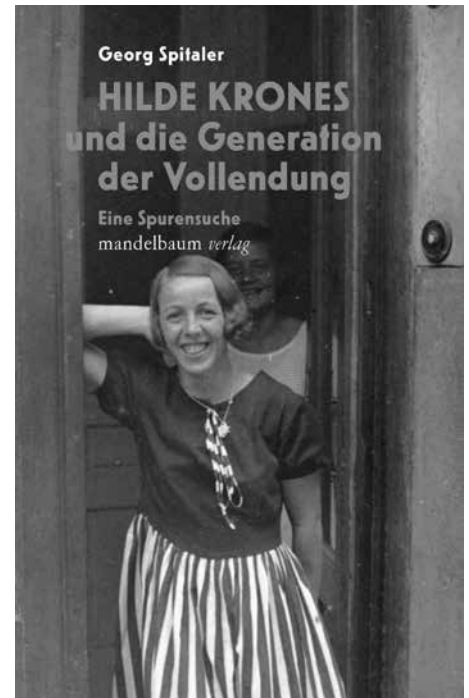
Auf den Spuren einer Revolutionären Sozialistin Eine „forschende Séance“ mit Hilde Krones.

Hilde Krones, geboren 1910, wurde als Jugendliche durch das Rote Wien der Jahre 1919-1934 geprägt. Ab 1934 war sie als Revolutionäre Sozialistin im Widerstand gegen Austrofaschismus und Nationalsozialismus aktiv. Krones war Teil jener Generation, die Otto Bauer, der theoretische Kopf der österreichischen Sozialdemokratie, als „Generation der Vollendung“ bezeichnet hatte, als jene Gruppe junger Parteimitglieder, die zu ihren Lebzeiten das Ende des Kapitalismus erleben würde. Dieses Versprechen versuchte sie gemeinsam mit ihrem FreundInnenkreis über die Jahre des Faschismus zu bewahren. Nach Kriegsende 1945 wird sie Nationalratsabgeordnete und Mitglied des SPÖ-Parteivorstands. Doch die Hoffnung auf politische und private „Vollendung“ erfüllt sich nicht. Drei Jahre nach der Befreiung vom NS-Regime, im Alter von 38 Jahren, setzt sie ihrem Leben ein Ende. Zu belastend waren die prekären (geschlechter-)politischen Rahmenbedingungen von Wiederaufbau und Kaltem Krieg.

Erstmals liegt nun eine ausführliche Biografie dieser vergessenen Frau vor. Auf Basis des im Verein für Geschichte der ArbeiterInnenbewegung bewahrten Nachlasses von Hilde Krones, erzählt der Autor sie - als Politologin und Historiker - als spezifische „Biografie in politischen Begriffen und Gefühlen“, die der Frage nachgeht, wie wir heute mit den spukenden Hoffnungen und der verlorenen Zukunft emanzipativer Politik umgehen, die unter den Trümmern der Geschichte des 20. Jahrhunderts begraben liegen. Er nennt das eine „for-

schende Séance“ und diskutiert, welche Relevanz die Materialien aus einem solchen Nachlass für gegenwärtige politiktheoretische Debatten haben. Unter anderem anhand hunderter Feldpostbriefe von Hilde Krones an ihren Ehemann Franz aus den Jahren 1942-1944, rekonstruiert das Buch aber auch bisher nicht bekannte Fragmente einer österreichischen Widerstandsgeschichte. Hilde Krones beteiligte sich an der weitverzweigten Widerstandsgruppe der „Anti-Hitler-Bewegung“, die u.a. die Flugschrift Die Wahrheit herausgab und Kontakte zum konservativen Widerstand, ausländischen ZwangsarbeiterInnen, slowenischen PartisanInnen und - durch Wehrmachtssoldaten in Russland - zur Roten Armee knüpfte. Krones unterstützte verhaftete GenossInnen, u.a. den 1944 hingerichteten Revolutionären Sozialisten Otto Haas, und übernahm als Angestellte der Wiener Zweigstelle von Bayer I.G. Farben Kurierdienste und Medikamentenlieferungen für PartisanInnen in Slowenien.

Auch wer sich für die Geschichte des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer interessiert, wird in dem Buch fündig: Hilde Krones war ab 1945 eine Protagonistin des linken Parteiflügels der SPÖ. Sie begann im Sommer desselben Jahres eine politische und private Partnerschaft mit Parteisekretär Erwin Scharf. Dieser war 1947 Gründer der Freiheitskämpfer (1949 erfolgte der Zusammenschluss mit dem Opferreferat der SPÖ und die Gründung des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, Anm.), sein Ausschluss aus der Partei 1948 stand nicht zuletzt



mit der vom Parteivorstand nicht genehmigten Herausgabe der Zeitschrift der Kämpfer in Zusammenhang. Auch Hilde Krones war frühe Autorin des Kämpfers und schrieb hier die Kolumne „Hinter der Pallas Athene“, in der sie über ihre Arbeit als Parlamentarierin berichtete.

Georg Spitaler: Hilde Krones und die Generation der Vollendung, Mandelbaum, Wien, 2024, ISBN 978-3-99136-065-0, 407 Seiten, € 30,00

Wir gratulieren zum Geburtstag: Oktober bis Dezember 2024

100: Brainin Hugo, Wien; **99:** Röttig Bibiane, Strau; **96:** Strobl Kurt, Wien; **95:** Henriquez Lopez Jose, Loidolt Inge, Wien; **93:** Hauer Karl, Slabina Herta, Wien; **92:** Trofer Othmar, Bad Fischau-Brunn; **91:** Gatter Franz, Gablitz; Merschitzka Heinz, Linz; Praher Adelheid, St. Pölten; Franzin Verita, Springer Elisabeth, Wien; **90:** Witowetz Heinrich, Wien; Ungar Friedrich, St. Pölten; **85:** Piller Ernst, Eisenstadt; Rosenblattl Veronika, Linz; Mann Heidi, Mödling; Gebert Richard, Schwadorf; Berthold Erich, Dvorak Eveline, Holub Albert, Kohlbacher Renate, Kubicek Erika, Mohnl Hans, Rieder Sepp, Rössner Hedwig, Sarközi Helga, Wels Hans, Zauner Erna, Wien; **80:** Czech Helga, Brunn am Gebirge; Markowitsch Helga, Brunn am Gebirge; Uttner Walter, Deutsch Jahndorf; Burket Eva, Falkenstein; Wissounig Dietger, Feldkirchen; Piber Herald, Feldkirchen in Kärnten; Svihalek Helmut, Grimmenstein; Lacina Robert, Haslau a.d. Donau; Bachmann Helmut, Innsbruck; Neugebauer Wolfgang, Laab im Walde; Spiess Hans Peter, Mattersburg; Miklos Christl, Pottendorf; Kloimstein Lothar, St. Pölten; Hörtnagl Herbert, Steinach am Brenner; Neidhart Rolf, Strasshof a.d. Nordbahn; Schrabacher Hans, Wald am Schoberpass; Celeda Christine, Cholewka Max, Fischer Elisabeth, Greisinger Gerhard, Klein Erich, Kollwinger Franz, Krones Hartmut, Poczynek Hilde, Schlenz Eva, Stepanek Peter Sen., Szeiferth Ernst, Tschakert Heinz, Zabrana Rudolf, Wien; **75:** Kaufmann Herbert, Brunn am Gebirge; Gallhofer Peter, Klosterneuburg; Wallner Alois, Lilienfeld; Schützenberger Wilhelm, Linz-Ebelsberg; Holper Johann, Olbendorf; Grünböck Erwin, Retz; Österreicher Reinhard, Schrems; Hnilicka Ricardo, St. Pölten; Koller Wolfgang, Traismauer; Chikuru-Fürst Margit, Ehlers Andreas, Klicka Marianne, Klocker Christine, Krassnitzer Ingrid, Sibitz Eva, Spitznagl Heinrich, Wurm Manfred, Wien;

1945 – 2025

Liebe Genossin, lieber Genosse, du solltest im vergangenen November die zweite Sondernummer unserer Zeitung, den Kalender für 2025, erhalten haben. Wir hoffen, dass du Verwendung dafür und Freude damit hast! Es gibt noch einige wenige Restexemplare in unserem Sekretariat, wir freuen uns sehr, wenn der Kalender in SPÖ-Sekretariaten, Parteihäusern und Sektionslokalen hängen wird!

Uns erreichte folgende Richtigstellung von Gen. Wolfgang Neugebauer zu unserem Kalender 2025, für die wir sehr dankbar sind und die wir natürlich veröffentlichen!

Aus langjährigen Forschungsprojekten des DÖW zur namentlichen Erfassung der NS-Opfer ergeben sich folgende Zahlen:

In der Gestapohaft am Morzinplatz starben nicht 417 Häftlinge; es wurden die Namen von

20 Menschen ermittelt, die dort umkamen. In der Regel wurden die Opfer in KZ gebracht und dort ermordet. Richtig ist die Zahl der jüdischen Opfer (aktuell weiß man von mehr als 66.000). Die Gesamtzahl der politischen Opfer betrug etwa 8.000, wobei diese Zahl sowohl die Hingerichteten der NS-Justiz, einschließlich Massaker, als auch die in KZ umgekommenen (nichtjüdischen) Häftlinge umfasst. Damit sind die Angaben 9.270 Opfer in Gestapogefängnissen in besetzten Ländern, 2.800 Hingerichtete in den Landesgerichten Wien, Graz und Innsbruck, 6.420 Umgekommenen/Ermordeten in anderen Zuchthäusern, 16.490 in KZ zu Tode gebrachte ÖsterreicherInnen obsolet. Zu ergänzen sind in dieser Aufstellung die nicht erwähnten ca. 25.000 im Zuge verschiedener Euthanasie-Aktionen ermordeten PatientInnen sowie die mehr als 9.000 ermordeten österreichischen Roma und Sinti.

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Ingrid Antes, Werner Anzenberger, Dietmar Baurecht, Klaus Bergmaier, Kristin Caspary, Julia Hinterseer-Pinter, Gisela Hormayr, Markus Kroiher, Antonia Leitner, Berni Macek, Alfred Mansfeld, Alexandra Mjka, Gerald Netzl, Alexander Neunherz, Ingrid Nowotny, Peter Pollak, Alexander Rath, Hanno Rebhan, Georg Spitaler und Hanna Varga.

Grafische Gestaltung: Wien Work – Digital Media

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 13. November 2024

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen. 1014 Wien, Löwelstraße 18, Telefon: 01/534 27-277, Fax: Dw. 258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at, Internetadresse: www.freiheitskaempfer.at.

Fotos: Redaktion FreiheitskämpferInnen

Lektorat: Klaus Bergmaier

Hersteller: Wien Work - Digital Media, 1220 Wien

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Informationen der Opfer des Faschismus. Die im „Kämpfer“ veröffentlichten Artikel und Kommentare geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion oder des Bundesvorstandes wieder.

Zlnr.: GZ 02Z033355M

BEREICHSPREIS: WIEDERABGABE: VERLAGSPREIS: 1000, 1200, 1400, 1600, 1800, 2000, 2200, 2400, 2600, 2800, 3000, 3200, 3400, 3600, 3800, 4000, 4200, 4400, 4600, 4800, 5000, 5200, 5400, 5600, 5800, 6000, 6200, 6400, 6600, 6800, 7000, 7200, 7400, 7600, 7800, 8000, 8200, 8400, 8600, 8800, 9000, 9200, 9400, 9600, 9800, 10000



1945 – 2025

Liebe Genossin, lieber Genosse!

Den 80. Jahrestag der Befreiung von der nazi-faschistischen Gewaltherrschaft und dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa nehmen wir zum Anlass, einen Kalender für das Jahr 2025 aufzulegen. In diesem Kalender erinnern wir an Frauen und Männer des Widerstandes, in ihrer Mehrheit Genossinnen und Genossen.

Als Opfer des Hitlerregimes starben:

417 ÖsterreicherInnen in der Gestapozentrale am Morzinplatz
9.270 ÖsterreicherInnen in Gestapogefängnissen in anderen von Hitlertruppen besetzten Ländern
2.800 ÖsterreicherInnen, hingerichtet in den Landesgerichten Wien, Graz und Innsbruck
6.420 ÖsterreicherInnen in anderen Zuchthäusern
16.490 ÖsterreicherInnen in den Konzentrationslagern
65.459 österreichische Jüdinnen und Juden, die in Vernichtungslagern ermordet wurden
24.300 österreichische Zivilisten
247.000 Österreicher als Soldaten in der deutschen Wehrmacht

Diejenigen, die das Gedenken des Nationalsozialismus erlebten und am Freiheitskampf Österreichs teilgenommen haben, werden immer weniger. Es liegt an den nachgeborenen Generationen, die Zeugnisse der Erinnerung zu bewahren. Eines muss uns allen bewusst sein: Der Kampf um Freiheit und Demokratie hört niemals auf. Möge dieser Kalender zum Erinnern an jene beitragen, die für uns gestorben sind. Aber: Nicht alle sind tot, die gestorben sind. Niemals vergessen!

Der Bundesvorstand der Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen



Hefetermine 2025

Die Redaktion bedankt sich bei allen AutorInnen, GastautorInnen, FotografInnen und unserem Lektor Gen. Klaus Bergmaier, die 2024 zum Gelingen unserer Zeitung beigetragen haben.

Die Redaktionsschlüsse 2025 sind:

Heft 1: 21. Februar 2025, Heft 2: 22. Mai 2025, Heft 3: 21. August 2025, Heft 4: 13. November 2025

Österreichische Post AG
MZ GZ02Z033355M